Deutscher Bundestag
18. Wahlperiode

Drucksache 18/11138
13.02.2017

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 19. Februar 2016 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen

A. Problem und Ziel

Das bestehende Abkommen vom 5. Juli 1979 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie einiger anderer Steuern (BGBl. 1981 II S. 1164, 1165) ist durch die wirtschaftliche und steuerrechtliche Entwicklung in beiden Staaten überholt. Es soll daher durch ein Abkommen ersetzt werden, das den Anforderungen der gegenwärtigen Verhältnisse besser entspricht.

B. Lösung

Das Abkommen vom 19. Februar 2016 enthält die dafür erforderlichen Regelungen. Es ersetzt das Abkommen vom 5. Juli 1979.

In Aufbau und Wirkungsweise orientiert sich das neue Abkommen im Wesentlichen an dem OECD-Musterabkommen 2010 und seinem Kommentar (Musterabkommen für den Bereich der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und entspricht inhaltlich weitgehend der deutschen Abkommenspolitik. Hervorzuheben sind insbesondere folgende Elemente:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

– Für Dividenden aus zwischengesellschaftlichen Beteiligungen wurde ein Quellensteuersatz von 5 Prozent (bisher 10 Prozent) bei einer Mindestbeteiligungshöhe von 10 Prozent (bisher 25 Prozent) implementiert (Schachtelbeteiligung).

– Ferner ist die neu gefasste Regelung zur Rentenbesteuerung zu erwähnen, die auch dem Quellenstaat ein Besteuerungsrecht an Ruhegehältern, ähnlichen Vergütungen und Renten, einschließlich Sozialversicherungsrenten, einräumt.

– Darüber hinaus beinhaltet das neue Abkommen eine Umschwenkklausel zugunsten Deutschlands von der Freistellungs- zur Anrechnungsmethode.

– Schließlich setzt das neue Abkommen den OECD-Standard für einen umfassenden und effektiven Informationsaustausch um und regelt ausdrücklich, dass das Abkommen der Anwendung nationaler Missbrauchsvorschriften nicht entgegensteht.

Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Abkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erlangen.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Bei den öffentlichen Haushalten ist im Saldo mit geringfügigen Steuermindereinnahmen im unteren einstelligen Millionen-Euro-Bereich zu rechnen.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Das Gesetz hat keine Auswirkungen auf den Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Für die Wirtschaft entstehen durch das Gesetz keine Auswirkungen auf den Erfüllungsaufwand.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Für die Steuerverwaltungen der Länder entstehen durch das Gesetz keine messbaren Auswirkungen auf den Erfüllungsaufwand.

F. Weitere Kosten

Unternehmen, insbesondere den mittelständischen Unternehmen, entstehen durch dieses Gesetz keine unmittelbaren, direkten Kosten. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind von dem Gesetz nicht zu erwarten.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 13. Februar 2017

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

> Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 19. Februar 2016 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen

mit Begründung und Vorblatt (Anlage).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Der Bundesrat hat in seiner 953. Sitzung am 10. Februar 2017 beschlossen, gegen den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes keine Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Angela Merkel

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf

Gesetz zu dem Abkommen vom 19. Februar 2016 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Helsinki am 19. Februar 2016 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 28 Absatz 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Absatz 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das Aufkommen aus den von dem Abkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 Absatz 3, 5 und 6 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zusteht.

Darüber hinaus ist die Zustimmung des Bundesrates nach Artikel 108 Absatz 5 Satz 2 des Grundgesetzes erforderlich, da das Abkommen Verfahrensregelungen enthält, die sich auch an die Landesfinanzbehörden richten.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem das Abkommen nach seinem Artikel 28 Absatz 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Hervorzuheben ist, dass für Dividenden aus zwischengesellschaftlichen Beteiligungen ein Quellensteuersatz von 5 Prozent (bisher 10 Prozent) bei einer Mindestbeteiligungshöhe von 10 Prozent (bisher 25 Prozent) implementiert (Schachtelbeteiligung) wurde.

Ferner räumt die neu gefasste Regelung zur Rentenbesteuerung auch dem Quellenstaat ein Besteuerungsrecht an Ruhegehältern, ähnlichen Vergütungen und Renten, einschließlich Sozialversicherungsrenten, ein.

Weitere positive Effekte auf das deutsche Steueraufkommen werden sich durch verschiedene Änderungen der Methoden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung ergeben. Zu erwähnen sind hierbei insbesondere:

– Es wurde eine Umschwenkklausel vereinbart, nach der unter bestimmten Voraussetzungen zur Anrechnungsmethode übergegangen werden kann.
– Die Voraussetzungen für die grundsätzliche Anwendung der Freistellungsmethode wurden zudem angepasst. Danach kann die Freistellungsmethode nur noch bei einer tatsächlichen Besteuerung in Finnland angewendet werden.

Es wird ausdrücklich geregelt, dass das Abkommen der Anwendung nationaler Missbrauchsvorschriften nicht entgegensteht.

Für die Verwaltung entstehen durch das Gesetz keine Auswirkungen auf den Erfüllungsaufwand.

Unternehmen, insbesondere den mittelständischen Unternehmen, entstehen durch dieses Gesetz keine unmittelbaren, direkten Kosten. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind von dem Gesetz nicht zu erwarten.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen

Sopimus Saksan Liittotasavallan ja Suomen Tasavallan välillä tuloveroja koskevan kaksinkertaisen verotuksen välttämiseksi ja veron kiertämisen estämiseksi

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Finnland –

von dem Wunsch geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen zu schließen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Unter das Abkommen fallende Personen

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen, die für Rechnung eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer Gebietskörperschaft eines Vertragsstaats oder Landes erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen oder von Teilen des Einkommens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zurzeit bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören

a) in der Bundesrepublik Deutschland
   1) die Einkommensteuer,
   2) die Körperschaftsteuer und
   3) die Gewerbesteuer

   einschließlich der hierauf erhobenen Zuschläge

   (im Folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet);

b) in der Republik Finnland
   1) die staatlichen Einkommensteuern (valtion tuloverot; de statliga inkomstskatterna),

Saksan liittotasavalta

ja

Suomen tasavalta,

jotka haluavat tehdä sopimuksen tuloveroja koskevan kaksinkertaisen verotuksen välttämiseksi ja veron kiertämisen estämiseksi,

ovat sopineet seuraavasta:

1 artikla

Sopimuksen piiriin kuuluvat henkilöt

Tätä sopimusta sovelletaan henkilöihin, jotka asuvat sopimusvaltiossa tai molemmissa sopimusvaltioissa.

2 artikla

Sopimuksen piiriin kuuluvat verot

(1) Tätä sopimusta sovelletaan tulon perusteella suoritettaviin veroihin, jotka määrätään sopimusvaltion, osavaltion tai paikallisviranomaisen lukuun, riippumatta siitä, millä tavoin verot kannetaan.

(2) Tulon perusteella suoritettavina veroina pidetään kaikkia kokonaistulon tai tulon osan perusteella suoritettavia veroja, niihin luettuina irtaimen tai kiinteän omaisuuden luovutuksesta saadun voiton perusteella suoritettavat verot, yrityksen maksamien palkkojen yhteenlasketun määrän perusteella suoritettavat verot sekä arvonnousun perusteella suoritettavat verot.

(3) Tällä hetkellä suoritettavat verot, joihin sopimusta sovelletaan, ovat:

a) Saksan liittotasavallassa
   1) tulovero (Einkommensteuer),
   2) yhteisövero (Körperschaftsteuer) ja
   3) elinkeinovero (Gewerbesteuer)

   mukaan luettuina siitä kannettavat lisämaksut

   (jäljempänä „Saksan vero“);

b) Suomen tasavallassa
   1) valtion tuloverot,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

2) die Körperschaftsteuer (yhteisöjen tulovero; inkomstskatten för samfund),

3) die Gemeindesteuer (kunnallisvero; kommunalskatten),

4) die Kirchensteuer (kirkollisvero; kyrkoskatten),

5) die im Abzugsweg auf Zinsen erhobene Steuer (korkotulon lähdevero; källskatten på ränteinkomst) und

6) die im Abzugsweg auf das Einkommen beschränkt Steuerpflichtiger erhobene Steuer (rajoitetusti verovelvollisen lähdevero; källskatten för begränsat skattskyldig)

(im Folgenden als „finnische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen bedeutsamen Änderungen mit.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Bundesrepublik Deutschland oder die Republik Finnland;

b) bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland“ das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland sowie das an das Küstenmeer angrenzende Gebiet des Meeresbodens, des Meeresuntergrunds und der darüber befindlichen Wassersäule, in dem die Bundesrepublik Deutschland in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse zum Zwecke der Erforschung, Ausbeutung, Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden und nicht lebenden natürlichen Ressourcen ausübt;

c) bedeutet der Ausdruck „Republik Finnland“ das Hoheitsgebiet der Republik Finnland sowie alle an die Hoheitsgewässer der Republik Finnland angrenzenden Gebiete, in denen die Republik Finnland ihre Rechte zur Erforschung und Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Meeresbodens, des Meeresuntergrunds und der darüber befindlichen Gewässer nach finnischem Recht und nach dem Völkerrecht ausüben darf;

d) umfasst der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;

e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;

f) bezieht sich der Ausdruck „Unternehmen“ auf die Ausübung einer Geschäftstätigkeit;

g) schließt der Ausdruck „Geschäftstätigkeit“ auch die Ausübung einer freiberuflichen oder sonstigen selbständigen Tätigkeit ein;

h) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;

i) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“

1) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;

2) yhteisöjen tulovero,

3) kunnallisvero,

4) kirkollisvero,

5) korkotulon lähdevero ja

6) rajoitetusti verovelvollisen lähdevero

(jäljempänä „Suomen vero“).

(4) Sopimusta sovelletaan myös kaikkiin samanlaisiin tai pääasiallisesti samanluonteisiin veroihin, joita on sopimuksen allekirjoittamisen jälkeen suoritettava tällä hetkellä suoritettavien verojen ohella tai asemesta. Sopimusvaltioiden toimivaltaisten viranomaisten on ilmoitettava toisilleen verolainsäädäntöönsä tehdyistä merkittävistä muutoksista.

3 artikla

Yleiset määritelmät

(1) Tässä sopimuksessa, jollei asiayhteydestä muuta johdu:

a) sanonnat „sopimusvaltio“ ja „toinen sopimusvaltio“ tarkoittavat Saksan liittotasavaltaa tai Suomen tasavaltaa sen mukaan kuin asiayhteys edellyttää;

b) „Saksan liittotasavalta“ tarkoittaa Saksan liittotasavallan aluetta samoin kuin aluemereen rajoittuvan merenpohjan, sen sisustan sekä niiden yläpuolella olevan vesimassan aluetta, jolla Saksan liittotasavalta kansainvälisen oikeuden ja kansallisen lainsäädäntönsä mukaisesti käyttää suvereeneja oikeuksia ja tuomiovaltaa elollisten ja elottomien luonnonvarojen tutkimiseen, hyväksikäyttöön, suojelemiseen ja hoitoon;

c) „Suomen tasavalta“ tarkoittaa Suomen tasavallan aluetta ja Suomen tasavallan aluevesiin rajoittuvia alueita, joilla Suomen tasavalta lainsäädäntönsä mukaan ja kansainvälisen oikeuden mukaisesti saa käyttää oikeuksiaan merenpohjan ja sen sisustan sekä niiden yläpuolella olevien vesien luonnonvarojen tutkimiseen ja hyväksikäyttöön;

d) sanonta „henkilö“ käsittää luonnollisen henkilön, yhtiön ja muun yhteenliittymän;

e) sanonta „yhtiö“ tarkoittaa oikeushenkilöä tai muuta, jota verotuksessa käsitellään oikeushenkilönä;

f) sanontaa „yritys“ sovelletaan kaikkeen liiketoiminnan harjoittamiseen;

g) sanonta „liiketoiminta“ käsittää vapaan ammatin ja muun itsenäisen toiminnan harjoittamisen;

h) sanonnat „sopimusvaltiossa oleva yritys“ ja „toisessa sopimusvaltiossa oleva yritys“ tarkoittavat yritystä, jota sopimusvaltiossa asuva henkilö harjoittaa, ja vastaavasti yritystä, jota toisessa sopimusvaltiossa asuva henkilö harjoittaa;

i) sanonta „kansalainen“ tarkoittaa:

1) Saksan liittotasavallan osalta

kaikkia saksalaisia Saksan liittotasavallan perustuslain tarkoittamassa merkityksessä ja kaikkia oikeushenkilöitä, yhtymiä ja yhteenliittymiä, jotka on muodostettu Saksassa voimassa olevan lainsäädännön mukaan;

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

2) in Bezug auf die Republik Finnland

alle natürlichen Personen, die die finnische Staatsangehörigkeit besitzen, sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Republik Finnland geltenden Recht errichtet worden sind;

j) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;

k) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“

1) in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die Behörde, an die es seine Befugnisse delegiert hat;

2) in der Republik Finnland das Finanzministerium, dessen bevollmächtigten Vertreter oder die vom Finanzministerium als zuständige Behörde benannte Behörde.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates für die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

Ansässigkeit

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung, des Ortes ihrer Gründung (Eintragung) oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat, seine Länder sowie alle Gebietskörperschaften eines Vertragsstaats oder Landes und alle Körperschaften des öffentlichen Rechts. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);

b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;

c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;

d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

2) Suomen tasavallan osalta

kaikkia luonnollisia henkilöitä, joilla on Suomen tasavallan kansalaisuus ja kaikkia oikeushenkilöitä, yhtymiä tai yhteenliittymiä, joka on muodostettu Suomen tasavallassa voimassa olevan lainsäädännön mukaan;

j) sanonta „kansainvälinen liikenne“ tarkoittaa kuljetusta laivalla tai ilma-aluksella, jota sopimusvaltiossa oleva yritys käyttää, paitsi milloin laivaa tai ilma-alusta käytetään ainoastaan toisessa sopimusvaltiossa olevien paikkojen välillä;

k) sanonta „toimivaltainen viranomainen“ tarkoittaa:

1) Saksan liittotasavallassa liittovaltion valtiovarainministeriötä tai viranomaista, jolle se on delegoinut valtuutensa;

2) Suomen tasavallassa valtiovarainministeriötä, sen valtuuttamaa edustajaa tai sitä viranomaista, jonka valtiovarainministeriö määrää toimivaltaiseksi viranomaiseksi.

(2) Kun sopimusvaltio jonakin ajankohtana soveltaa sopimusta, katsotaan, jollei asiayhteydestä muuta johdu, jokaisella sanonnalla, jota ei ole sopimuksessa määritelty, olevan se merkitys, joka sillä tänä ajankohtana on tämän valtion niitä veroja koskevan lainsäädännön mukaan, joihin sopimusta sovelletaan, ja tässä valtiossa sovellettavan verolainsäädännön mukaisella merkityksellä on etusija sanonnalle tämän valtion muussa lainsäädännössä annettuun merkitykseen nähden.

4 artikla

Kotipaikka

(1) Tätä sopimusta sovellettaessa sanonnalla „sopimusvaltiossa asuva henkilö“ tarkoitetaan henkilöä, joka tämän valtion lainsäädännön mukaan on siellä verovelvollinen asuinpaikan, pysyvän oleskelun, liikkeen johtopaikan, rekisteröintipaikan tai muun sellaisen seikan nojalla, ja sanonta käsittää myös tämän valtion ja sen osavaltiot samoin kuin kaikki sopimusvaltion tai osavaltion valtiolliset osat ja paikallisviranomaiset ja kaikki julkisoikeudelliset yhteisöt. Sanonta ei kuitenkaan käsitä henkilöä, joka on tässä valtiossa verovelvollinen vain tässä valtiossa olevista lähteistä saadun tulon perusteella.

(2) Milloin luonnollinen henkilö 1 kappaleen mukaan on kummassakin sopimusvaltiossa asuva, hänen kotipaikkansa määritetään seuraavasti:

a) hänen katsotaan asuvan vain siinä valtiossa, jossa hänen käytettävänään on vakinainen asunto; jos hänen käytettävänään on vakinainen asunto molemmissa valtioissa, hänen katsotaan asuvan vain siinä valtiossa, johon hänen henkilökohtaiset ja taloudelliset suhteensa ovat kiinteämmät (elinetujen keskus);

b) jos ei voida ratkaista, kummassa valtiossa hänen elinetujensa keskus on, tai jos hänen käytettävänään ei ole vakinaista asuntoa kummassakaan valtiossa, hänen katsotaan asuvan vain siinä valtiossa, jossa hän oleskelee pysyvästi;

c) jos hän oleskelee pysyvästi kummassakin valtiossa tai ei oleskele pysyvästi kummassakaan niistä, hänen katsotaan asuvan vain siinä valtiossa, jonka kansalainen hän on;

d) jos hän on kummankin valtion kansalainen tai ei ole kummankaan valtion kansalainen, sopimusvaltioiden toimivaltaisten viranomaisten on ratkaistava asia keskinäisellä sopimuksella.

(3) Milloin muu kuin luonnollinen henkilö 1 kappaleen mukaan asuu molemmissa sopimusvaltioissa, sen katsotaan asuvan vain siinä valtiossa, jossa sen tosiasiallisen johdon sijaintipaikka on.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Artikel 5

Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere:

a) einen Ort der Leitung,

b) eine Zweigniederlassung,

c) eine Geschäftsstelle,

d) eine Fabrikationsstätte,

e) eine Werkstätte und

f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung natürlicher Ressourcen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;

b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;

c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;

d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;

e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;

f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 – für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machten.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

5 artikla

Kiinteä toimipaikka

(1) Tätä sopimusta sovellettaessa sanonnalla „kiinteä toimipaikka“ tarkoitetaan kiinteää liikepaikkaa, josta yrityksen toimintaa kokonaan tai osaksi harjoitetaan.

(2) Sanonta „kiinteä toimipaikka“ käsittää erityisesti:

a) johdon sijaintipaikan;

b) sivuliikkeen;

c) toimiston;

d) tehtaan;

e) työpajan; ja

f) kaivoksen, öljy- tai kaasulähteen, louhoksen tai muun paikan, josta luonnonvaroja otetaan.

(3) Paikka, jossa harjoitetaan rakennus- tai asennustoimintaa, muodostaa kiinteän toimipaikan vain, jos toiminta kestää yli kahdentoista kuukauden ajan.

(4) Tämän artiklan edellä olevien määräysten estämättä sanonnan „kiinteä toimipaikka“ ei katsota käsittävän:

a) järjestelyjä, jotka on tarkoitettu ainoastaan yritykselle kuuluvien tavaroiden varastoimista, näytteillä pitämistä tai luovuttamista varten;

b) yritykselle kuuluvan tavaravaraston pitämistä ainoastaan varastoimista, näytteillä pitämistä tai luovuttamista varten;

c) yritykselle kuuluvan tavaravaraston pitämistä ainoastaan toisen yrityksen toimesta tapahtuvaa muokkaamista tai jalostamista varten;

d) kiinteän liikepaikan pitämistä ainoastaan tavaroiden ostamiseksi tai tietojen keräämiseksi yritykselle;

e) kiinteän liikepaikan pitämistä ainoastaan muun luonteeltaan valmistelevan tai avustavan toiminnan harjoittamiseksi yritykselle;

f) kiinteän liikepaikan pitämistä ainoastaan a)-e) kohdassa mainittujen toimintojen yhdistämiseksi, edellyttäen, että koko se kiinteästä liikepaikasta harjoitettava toiminta, joka perustuu tähän yhdistämiseen, on luonteeltaan valmistelevaa tai avustavaa.

(5) Jos henkilö, joka ei ole sellainen itsenäinen edustaja, johon 6 kappaletta sovelletaan, toimii yrityksen puolesta ja hänellä on sopimusvaltiossa valtuus tehdä sopimuksia yrityksen nimissä ja hän valtuuttaan siellä tavanomaisesti käyttää, tällä yrityksellä katsotaan 1 ja 2 kappaleen estämättä olevan kiinteä toimipaikka tässä valtiossa jokaisen toiminnan osalta, jota tämä henkilö harjoittaa yrityksen lukuun. Tätä ei kuitenkaan noudateta, jos tämän henkilön toiminta rajoittuu sellaiseen, joka mainitaan 4 kappaleessa ja joka, jos sitä harjoitettaisiin kiinteästä liikepaikasta, ei tekisi tästä kiinteästä liikepaikasta kiinteää toimipaikkaa mainitun kappaleen mukaan.

(6) Yrityksellä ei katsota olevan kiinteää toimipaikkaa sopimusvaltiossa pelkästään sen vuoksi, että se harjoittaa liiketoimintaa siinä valtiossa välittäjän, komissionäärin tai muun itsenäisen edustajan välityksellä, edellyttäen, että tämä henkilö toimii säännönmukaisen liiketoimintansa rajoissa.

(7) Se seikka, että sopimusvaltiossa asuvalla yhtiöllä on määräämisvalta yhtiössä – tai siinä on määräämisvalta yhtiöllä –, joka asuu toisessa sopimusvaltiossa taikka joka tässä toisessa valtiossa harjoittaa liiketoimintaa (joko kiinteästä toimipaikasta tai muulla tavoin), ei itsestään tee kumpaakaan yhtiötä toisen kiinteäksi toimipaikaksi.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen natürlichen Ressourcen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Berechtigt der Besitz von Aktien oder anderen Gesellschaftsanteilen den Inhaber dieser Aktien oder Gesellschaftsanteile zur Nutzung unbeweglichen Vermögens der Gesellschaft, können die Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art des Gebrauchs dieses Nutzungsrechts in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem das unbewegliche Vermögen liegt.

(5) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens.

6 artikla

Kiinteästä omaisuudesta saatu tulo

(1) Tulosta, jonka sopimusvaltiossa asuva henkilö saa toisessa sopimusvaltiossa olevasta kiinteästä omaisuudesta (siihen luettuna maataloudesta tai metsätaloudesta saatu tulo), voidaan verottaa tässä toisessa valtiossa.

(2) Sanonnalla „kiinteä omaisuus“ on sen sopimusvaltion lainsäädännön mukainen merkitys, jossa omaisuus on. Sanonta käsittää kuitenkin aina kiinteän omaisuuden tarpeiston, maataloudessa ja metsätaloudessa käytetyn elävän ja elottoman irtaimiston, oikeudet, joihin sovelletaan yksityisoikeuden kiinteää omaisuutta koskevia määräyksiä, kiinteän omaisuuden käyttöoikeuden sekä oikeudet määrältään muuttuviin tai kiinteisiin korvauksiin, jotka saadaan kivennäisesiintymien, lähteiden ja muiden luonnonvarojen hyväksikäytöstä tai oikeudesta niiden hyväksikäyttöön; laivoja, veneitä ja ilma-aluksia ei pidetä kiinteänä omaisuutena.

(3) Tämän artiklan 1 kappaletta sovelletaan tuloon, joka saadaan kiinteän omaisuuden välittömästä käytöstä, sen vuokralle antamisesta tai muusta käytöstä.

(4) Jos osakkeiden tai muiden yhtiöosuuksien omistus oikeuttaa osakkeiden tai yhtiöosuuksien omistajan hallitsemaan yhtiölle kuuluvaa kiinteää omaisuutta, voidaan tulosta, joka saadaan tällaisen hallintaoikeuden välittömästä käytöstä, vuokralleannosta tai muusta käytöstä, verottaa siinä sopimusvaltiossa, jossa kiinteä omaisuus on.

(5) Tämän artiklan 1 ja 3 kappaletta sovelletaan myös yrityksen omistamasta kiinteästä omaisuudesta saatuun tuloon.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu besteuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

7 artikla

Liiketulo

(1) Sopimusvaltiossa olevan yrityksen saamasta tulosta verotetaan vain siinä valtiossa, paitsi jos yritys harjoittaa toisessa sopimusvaltiossa liiketoimintaa siellä olevasta kiinteästä toimipaikasta. Jos yritys harjoittaa liiketoimintaa edellä sanotuin tavoin, voidaan toisessa valtiossa verottaa yrityksen saamasta tulosta, mutta vain niin suuresta tulon osasta, joka on luettava kiinteään toimipaikkaan kuuluvaksi.

(2) Jos sopimusvaltiossa oleva yritys harjoittaa liiketoimintaa toisessa sopimusvaltiossa siellä olevasta kiinteästä toimipaikasta, luetaan, jollei 3 kappaleesta muuta johdu, kummassakin sopimusvaltiossa kiinteään toimipaikkaan kuuluvaksi se tulo, jonka toimipaikan olisi voitu olettaa tuottavan, jos se olisi ollut erillinen yritys, joka harjoittaa samaa tai samanlaista toimintaa samojen tai samanlaisten edellytysten vallitessa ja itsenäisesti päättää liiketoimista sen yrityksen kanssa, jonka kiinteä toimipaikka se on.

(3) Kiinteän toimipaikan tuloa määrättäessä on vähennykseksi hyväksyttävä kiinteästä toimipaikasta johtuneet menot, niihin luettuina yrityksen johtamisesta ja yleisestä hallinnosta johtuneet menot, riippumatta siitä, ovatko ne syntyneet siinä valtiossa, jossa kiinteä toimipaikka on, vai muualla.

(4) Mikäli sopimusvaltiossa noudatetun käytännön mukaan kiinteään toimipaikkaan kuuluvaksi luettava tulo määrätään jakamalla yrityksen kokonaistulo yrityksen eri osien kesken, 2 kappale ei estä tätä sopimusvaltiota määräämästä verotettavaa tuloa näin menettelemällä; valitun jakomenetelmän on kuitenkin oltava sellainen, että lopputulos on tämän artiklan periaatteiden mukainen.

(5) Tuloa ei lueta kiinteään toimipaikkaan kuuluvaksi pelkästään sen perusteella, että kiinteä toimipaikka ostaa tavaroita yrityksen lukuun.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Seeschifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Im Sinne dieses Artikels beinhaltet der Begriff „Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen“ auch die Gewinne aus der

a) gelegentlichen Vermietung von leeren Seeschiffen oder Luftfahrzeugen und

b) Nutzung, Wartung oder Vermietung von Containern (einschließlich Trailern und zugehöriger Ausstattung, die dem Transport der Container dienen),

wenn diese Tätigkeiten zum Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr gehören.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

(1) Wenn

a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder

b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor, wenn dieser andere Staat die Änderung für gerechtfertigt hält. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

(6) Sovellettaessa edellä olevia kappaleita on kiinteään toimipaikkaan kuuluvaksi luettava tulo vuodesta toiseen määrättävä samaa menetelmää noudattaen, jollei pätevistä ja riittävistä syistä muuta johdu.

(7) Milloin liiketuloon sisältyy tulolajeja, joita käsitellään erikseen tämän sopimuksen muissa artikloissa, tämän artiklan määräykset eivät vaikuta sanottujen artiklojen määräyksiin.

8 artikla

Merenkulku ja ilmakuljetus

(1) Tulosta, jonka sopimusvaltiossa oleva yritys saa laivan tai ilma-aluksen käyttämisestä kansainväliseen liikenteeseen, verotetaan vain tässä valtiossa.

(2) Tätä artiklaa sovellettaessa sanonta „tulo, joka saadaan laivan tai ilma-aluksen käyttämisestä“, käsittää tulon:

a) satunnaisesta laivan tai ilma-aluksen vuokralleannosta bareboat -ehdoin, ja

b) konttien (mukaan lukien perävaunut ja konttien kuljetukseen käytetty lisäkalusto) käytöstä, kunnossapidosta tai vuokralleannosta,

jos nämä toiminnat kuuluvat laivojen tai ilma-alusten käyttämiseen kansainvälisessä liikenteessä.

(3) Tämän artiklan 1 ja 2 kappaletta sovelletaan myös tuloon, joka saadaan osallistumisesta pooliin, yhteiseen liiketoimintaan tai kansainväliseen kuljetusjärjestöön.

9 artikla

Etuyhteydessä keskenään olevat yritykset

(1) Milloin

a) sopimusvaltiossa oleva yritys välittömästi tai välillisesti osallistuu toisessa sopimusvaltiossa olevan yrityksen johtoon tai valvontaan tahi omistaa osan sen pääomasta, taikka

b) samat henkilöt välittömästi tai välillisesti osallistuvat sekä sopimusvaltiossa olevan yrityksen että toisessa sopimusvaltiossa olevan yrityksen johtoon tai valvontaan tahi omistavat osan niiden pääomasta,

noudatetaan seuraavaa:

Jos jommassakummassa tapauksessa yritysten välillä kauppa- tai rahoitussuhteissa sovitaan ehdoista tai määrätään ehtoja, jotka poikkeavat siitä, mistä riippumattomien yritysten välillä olisi sovittu, voidaan kaikki tulo, joka ilman näitä ehtoja olisi kertynyt toiselle näistä yrityksistä, mutta näiden ehtojen vuoksi ei ole kertynyt yritykselle, lukea tämän yrityksen tuloon ja verottaa siitä tämän mukaisesti.

(2) Milloin sopimusvaltio tässä valtiossa olevan yrityksen tuloon lukee – ja tämän mukaisesti verottaa – tulon, josta toisessa sopimusvaltiossa olevaa yritystä on verotettu tässä toisessa valtiossa, sekä siten mukaan luettu tulo on tuloa, joka olisi kertynyt ensiksi mainitussa valtiossa olevalle yritykselle, jos yritysten välillä sovitut ehdot olisivat olleet sellaisia, joista riippumattomien yritysten välillä olisi sovittu, tämän toisen valtion on asianmukaisesti oikaistava tästä tulosta siellä määrätyn veron määrä, jos tämä toinen valtio pitää oikaisua oikeutettuna. Tällaista oikaisua tehtäessä on otettava huomioon tämän sopimuksen muut määräykset, ja sopimusvaltioiden toimivaltaisten viranomaisten on tarvittaessa neuvoteltava keskenään.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden im anderen Vertragsstaat ansässig ist, nicht übersteigen:

a) 5 Prozent des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft oder deutsche REIT-Aktiengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 10 Prozent des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;

b) 15 Prozent des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussscheinen oder Genussrechten, Kuxen, Gründeranteilen oder sonstigen Rechten (ausgenommen Forderungen) mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind. Der Ausdruck „Dividenden“ umfasst in der Bundesrepublik Deutschland Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen und in der Republik Finnland Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem „Sijoitusrahasto; Placeringsfond“.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Erzielt eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte gehört, noch die nicht ausgeschütteten Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nicht ausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nicht ausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und deren Nutzungsberechtigter eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, können nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

10 artikla

Osinko

(1) Osingosta, jonka sopimusvaltiossa asuva yhtiö maksaa toisessa sopimusvaltiossa asuvalle henkilölle, voidaan verottaa tässä toisessa valtiossa.

(2) Osingosta voidaan kuitenkin verottaa myös siinä sopimusvaltiossa, jossa osingon maksava yhtiö asuu, tämän valtion lainsäädännön mukaan, mutta jos osinkoetuuden omistaja on toisessa sopimusvaltiossa asuva henkilö, vero ei saa olla suurempi kuin:

a) 5 prosenttia osingon kokonaismäärästä, jos etuuden omistaja on yhtiö (joka on muu kuin yhtymä tai saksalainen kiinteistösijoitusosakeyhtiö, deutsche REIT-Aktiengesellschaft), joka välittömästi omistaa vähintään 10 prosenttia osingon maksavan yhtiön pääomasta;

b) 15 prosenttia osingon kokonaismäärästä kaikissa muissa tapauksissa.

Tämä kappale ei vaikuta yhtiön verottamiseen siitä voitosta, josta osinko maksetaan.

(3) Sanonnalla „osinko“ tarkoitetaan tässä artiklassa tuloa, joka on saatu osakkeista, „jouissance“ -osakkeista tai -osuuksista, kaivososuuksista, perustajaosuuksista tai muista osuuksista, jotka eivät ole saamisia ja jotka oikeuttavat voitto-osuuteen, samoin kuin muista yhtiöosuuksista saatavaa tuloa, jota voiton jakavan yhtiön asuinvaltion lainsäädännön mukaan kohdellaan verotuksessa samalla tavoin kuin osakkeista saatua tuloa. Sanonta „osinko“ käsittää Saksan liittotasavallassa sijoitusrahaston (Investmentvermögen) osakkuustodistusten perusteella tapahtuvan voitonjaon ja Suomen tasavallassa sijoitusrahaston osakkuustodistusten perusteella tapahtuvan voitonjaon.

(4) Tämän artiklan 1 ja 2 kappaletta ei sovelleta, jos sopimusvaltiossa asuva osinkoetuuden omistaja harjoittaa toisessa sopimusvaltiossa, jossa osingon maksava yhtiö asuu, liiketoimintaa siellä olevasta kiinteästä toimipaikasta, ja osingon maksamisen perusteena oleva osuus tosiasiallisesti liittyy tähän kiinteään toimipaikkaan. Tässä tapauksessa sovelletaan 7 artiklaa.

(5) Jos sopimusvaltiossa asuva yhtiö saa tuloa toisesta sopimusvaltiosta, tämä toinen valtio ei saa verottaa yhtiön maksamasta osingosta, paitsi mikäli osinko maksetaan tässä toisessa valtiossa asuvalle henkilölle tai mikäli osingon maksamisen perusteena oleva osuus tosiasiallisesti liittyy tässä toisessa valtiossa olevaan kiinteään toimipaikkaan, eikä myöskään määrätä yhtiön jakamattomasta voitosta tällaisesta voitosta suoritettavaa veroa, vaikka maksettu osinko tai jakamaton voitto kokonaan tai osaksi koostuisi tässä toisessa valtiossa kertyneestä tulosta.

11 artikla

Korko

(1) Korosta, joka kertyy sopimusvaltiosta ja jonka etuudenomistaja on toisessa sopimusvaltiossa asuva henkilö, verotetaan vain tässä toisessa valtiossa.

(2) Sanonnalla „korko“ tarkoitetaan tässä artiklassa tuloa, joka saadaan kaikenlaatuisista saamisista riippumatta siitä, onko ne turvattu kiinteistökiinnityksellä vai ei, ja liittyykö niihin oikeus osuuteen velallisen voitosta vai ei. Sanonnalla tarkoitetaan erityisesti tuloa, joka saadaan valtion antamista arvopapereista, ja tuloa, joka saadaan obligaatioista tai debentuureista, siihen luettuina tällaisiin arvopapereihin, obligaatioihin tai debentuureihin liittyvät agiomäärät ja voitot. Maksun viivästymisen johdosta suoritettavia sakkomaksuja ei pidetä korkona tätä artiklaa sovellettaessa.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und deren Nutzungsberechtigter eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, können nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken einschließlich kinematografischer Filme und Filmen oder Tonbändern für Fernseh- und Rundfunksendungen, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 erzielt, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung von Aktien oder sonstigen Anteilen an Gesellschaften erzielt, deren Vermögen zu mehr als 50 Prozent aus im anderen Vertragsstaat belegenem unbeweglichem Vermögen besteht, können im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(3) Tämän artiklan 1 kappaletta ei sovelleta, jos sopimusvaltiossa asuva korkoetuuden omistaja harjoittaa toisessa sopimusvaltiossa, josta korko kertyy, liiketoimintaa siellä olevasta kiinteästä toimipaikasta, ja koron maksamisen perusteena oleva saaminen tosiasiallisesti liittyy tähän kiinteään toimipaikkaan. Tässä tapauksessa sovelletaan 7 artiklaa.

(4) Jos koron määrä maksajan ja korkoetuuden omistajan tai heidän molempien ja muun henkilön välisen erityisen suhteen vuoksi ylittää koron maksamisen perusteena olevaan saamiseen nähden määrän, josta maksaja ja korkoetuuden omistaja olisivat sopineet, jollei tällaista suhdetta olisi, tätä artiklaa sovelletaan vain viimeksi mainittuun määrään. Tässä tapauksessa verotetaan tämän määrän ylittävästä maksun osasta kummankin sopimusvaltion lainsäädännön mukaan, ottaen huomioon tämän sopimuksen muut määräykset.

12 artikla

Rojalti

(1) Rojaltista, joka kertyy sopimusvaltiosta ja jonka etuudenomistaja on toisessa sopimusvaltiossa asuva henkilö, verotetaan vain tässä toisessa valtiossa.

(2) Sanonnalla „rojalti" tarkoitetaan tässä artiklassa kaikkia suorituksia, jotka saadaan korvauksena kirjallisen, taiteellisen tai tieteellisen teoksen (siihen luettuina elokuvafilmi sekä televisio- tai radiolähetyksessä käytettävä filmi tai nauha) tekijänoikeuden, patentin, tavaramerkin, mallin tai muotin, piirustuksen, salaisen kaavan tai valmistusmenetelmän käytöstä tai käyttöoikeudesta, taikka kokemusperäisestä teollis-, kaupallis- tai tieteellisluonteisesta tiedosta.

(3) Tämän artiklan 1 kappaletta ei sovelleta, jos sopimusvaltiossa asuva rojaltietuuden omistaja harjoittaa toisessa sopimusvaltiossa, josta rojalti kertyy, liiketoimintaa siellä olevasta kiinteästä toimipaikasta, ja rojaltin maksamisen perusteena oleva oikeus tai omaisuus tosiasiallisesti liittyy tähän kiinteään toimipaikkaan. Tässä tapauksessa sovelletaan 7 artiklaa.

(4) Jos rojaltin määrä maksajan ja rojaltietuuden omistajan tai heidän molempien ja muun henkilön välisen erityisen suhteen vuoksi ylittää rojaltin maksamisen perusteena olevaan käyttöön, oikeuteen tai tietoon nähden määrän, josta maksaja ja rojaltietuuden omistaja olisivat sopineet, jollei tällaista suhdetta olisi, tätä artiklaa sovelletaan vain viimeksi mainittuun määrään. Tässä tapauksessa verotetaan tämän määrän ylittävästä maksun osasta kummankin sopimusvaltion lainsäädännön mukaan, ottaen huomioon tämän sopimuksen muut määräykset.

13 artikla

Luovutusvoitto

(1) Voitosta, jonka sopimusvaltiossa asuva henkilö saa 6 artiklan 2 kappaleessa tarkoitetun ja toisessa sopimusvaltiossa olevan kiinteän omaisuuden luovutuksesta, voidaan verottaa tässä toisessa valtiossa.

(2) Voitosta, jonka sopimusvaltiossa asuva henkilö saa sellaisten yhtiöiden osakkeiden tai muiden osuuksien luovutuksesta, joiden varoista enemmän kuin 50 prosenttia koostuu toisessa sopimusvaltiossa olevasta kiinteästä omaisuudesta, voidaan verottaa tässä toisessa valtiossa.

(3) Voitosta, joka saadaan sopimusvaltiossa olevan yrityksen toisessa sopimusvaltiossa olevan kiinteän toimipaikan liikeomaisuuteen kuuluvan irtaimen omaisuuden luovutuksesta, voidaan verottaa tässä toisessa valtiossa. Sama koskee voittoa, joka saadaan tällaisen kiinteän toimipaikan luovutuksesta (erillisenä tai koko yrityksen mukana).

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

(4) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in diesem Staat besteuert werden.

(5) Gewinne aus der Veräußerung von in den vorstehenden Absätzen dieses Artikels nicht genanntem Vermögen können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

(6) Bei einer natürlichen Person, die in einem Vertragsstaat während mindestens fünf Jahren ansässig war und im anderen Vertragsstaat ansässig geworden ist, berührt Absatz 5 nicht das Recht des erstgenannten Staates, bei Anteilen an Gesellschaften, die im erstgenannten Vertragsstaat ansässig sind, nach seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften bei der Person einen Vermögenszuwachs bis zu ihrem Wohnsitzwechsel zu besteuern. In diesem Fall wird der im erstgenannten Staat besteuerte Vermögenszuwachs bei der Ermittlung des späteren Vermögenszuwachses durch den anderen Staat nicht einbezogen.

Artikel 14

Einkünfte aus unselbständiger Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 15, 17, 18 und 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten, der während des betreffenden Kalenderjahres beginnt oder endet, aufhält und

b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und

c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Die Bestimmungen des Absatzes 2 finden keine Anwendung auf Vergütungen für Arbeit im Rahmen gewerbsmäßiger Arbeitnehmerüberlassung.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen aus einer unselbständigen Arbeit, die an Bord eines von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betriebenen Seeschiffs oder Luftfahrzeugs ausgeübt wird, in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 15

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 16

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7 und 14 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(4) Voitosta, jonka sopimusvaltiossa oleva yritys saa kansainväliseen liikenteeseen käytetyn laivan tai ilma-aluksen taikka tällaisen laivan tai ilma-aluksen käyttämiseen liittyvän irtaimen omaisuuden luovutuksesta, verotetaan vain tässä valtiossa.

(5) Voitosta, joka saadaan muun kuin tämän artiklan edellä olevissa kappaleissa tarkoitetun omaisuuden luovutuksesta, verotetaan vain siinä sopimusvaltiossa, jossa luovuttaja asuu.

(6) Milloin luonnollinen henkilö on asunut sopimusvaltiossa vähintään viisi vuotta ja hänestä on tullut toisessa sopimusvaltiossa asuva, 5 kappale ei vaikuta ensiksi mainitun valtion oikeuteen verottaa henkilöä ensiksi mainitussa valtiossa asuvan yhtiön osuuksien hänen asuinpaikkansa vaihtumiseen asti tapahtuneesta arvonnoususta sisäisten oikeusmääräystensä mukaisesti. Toinen valtio ei tässä tapauksessa saa myöhempää arvonnousua määritettäessä lukea mukaan ensiksi mainitussa valtiossa verotettua arvonnousua.

14 artikla

Työtulo

(1) Jollei 15, 17, 18 ja 19 artiklasta muuta johdu, verotetaan palkasta ja muusta sellaisesta hyvityksestä, jonka sopimusvaltiossa asuva henkilö saa epäitsenäisestä työstä, vain tässä valtiossa, jollei työtä tehdä toisessa sopimusvaltiossa. Jos työ tehdään tässä toisessa valtiossa, työnteosta saadusta hyvityksestä voidaan verottaa siellä.

(2) Tämän artiklan 1 kappaleen estämättä verotetaan hyvityksestä, jonka sopimusvaltiossa asuva henkilö saa toisessa sopimusvaltiossa tekemästään epäitsenäisestä työstä, vain ensiksi mainitussa valtiossa, jos:

a) saaja oleskelee toisessa valtiossa yhdessä jaksossa, tai useassa jaksossa yhteensä, enintään 183 päivää kahdentoista kuukauden ajanjaksona, joka alkaa tai päättyy kysymyksessä olevan kalenterivuoden aikana, ja

b) hyvityksen maksaa sellainen työnantaja tai se maksetaan sellaisen työnantajan puolesta, joka ei ole toisessa valtiossa asuva, ja

c) hyvityksellä ei rasiteta kiinteää toimipaikkaa, joka työnantajalla on toisessa valtiossa.

(3) Tämän artiklan 2 kappaleen määräyksiä ei sovelleta työvoiman vuokrauksen puitteissa suoritettavasta työstä saatuun hyvitykseen.

(4) Tämän artiklan edellä olevien määräysten estämättä voidaan hyvityksestä, joka saadaan sopimusvaltiossa olevan yrityksen kansainväliseen liikenteeseen käyttämässä laivassa tai ilma-aluksessa tehdystä epäitsenäisestä työstä, verottaa tässä valtiossa.

15 artikla

Johtajanpalkkio

Johtajanpalkkiosta (Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen) ja muusta samanlaisesta suorituksesta, jonka sopimusvaltiossa asuva saa toisessa sopimusvaltiossa asuvan yhtiön hallituksen tai hallintoneuvoston jäsenenä, voidaan verottaa tässä toisessa valtiossa.

16 artikla

Taiteilijat ja urheilijat

(1) Tämän sopimuksen 7 ja 14 artiklan estämättä voidaan tulosta, jonka sopimusvaltiossa asuva henkilö saa viihdetaiteilijana, kuten teatteri- tai elokuvanäyttelijänä, radio- tai televisiotaiteilijana tahi muusikkona, taikka urheilijana, toisessa sopimusvaltiossa harjoittamastaan henkilökohtaisesta toiminnasta, verottaa tässä toisessa valtiossa.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7 und 14 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend durch öffentliche Mittel des anderen Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer Gebietskörperschaft eines Vertragsstaats oder eines seiner Länder gefördert wird. In diesem Fall können die Einkünfte gemäß Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 besteuert werden.

Artikel 17

Ruhegehälter, Renten und ähnliche Vergütungen

(1) Vorbehaltlich des Artikels 18 Absatz 2 können Ruhegehälter, ähnliche Vergütungen oder Renten, die an eine in einem Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 und vorbehaltlich des Artikels 18 Absatz 2 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die nach dem Sozialversicherungsrecht eines Vertragsstaats oder im Rahmen eines öffentlichen Sozialfürsorgesystems eines Vertragsstaats gezahlt werden, in diesem Staat besteuert werden.

(3) Ungeachtet des Absatzes 1 sowie vorbehaltlich des Artikels 18 Absatz 2 und des Absatzes 2 dieses Artikels können Ruhegehälter, ähnliche Vergütungen und Renten, die aus einem Vertragsstaat stammen, in diesem Staat besteuert werden.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Begriff „Rente“ bedeutet einen bestimmten Betrag, der einer natürlichen Person regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten lebenslang oder während eines bestimmten oder bestimmbaren Zeitabschnitts aufgrund einer Verpflichtung zu zahlen ist, die diese Zahlungen als Gegenleistung für in Geld oder Geldeswert bewirkte angemessene und vollständige Leistungen vorsieht.

(5) Wiederkehrende und einmalige Vergütungen, die ein Vertragsstaat oder eine seiner Gebietskörperschaften an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person als Entschädigung für politische Verfolgung oder für Unrecht oder Schäden aufgrund von Kriegshandlungen (einschließlich Wiedergutmachungsleistungen) oder des Wehr- oder Zivildienstes oder eines Verbrechens, einer Impfung oder ähnlicher Vorkommnisse zahlt, können abweichend von Absatz 1 nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

Artikel 18

Öffentlicher Dienst

(1) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder, einer Gebietskörperschaft eines Vertragsstaats oder Landes oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates an eine natürliche Person für die diesem Staat, diesem Land, dieser Gebietskörperschaft oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden. Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und

a) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder

b) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2) Milloin tulo, joka saadaan viihdetaiteilijan tai urheilijan tässä ominaisuudessaan harjoittamasta henkilökohtaisesta toiminnasta, ei tule viihdetaiteilijalle tai urheilijalle itselleen, vaan toiselle henkilölle, voidaan tästä tulosta, 7 ja 14 artiklan estämättä, verottaa siinä sopimusvaltiossa, jossa viihdetaiteilija tai urheilija harjoittaa toimintaansa.

(3) Tämän artiklan 1 ja 2 kappaletta ei sovelleta tuloon, joka saadaan taiteilijan tai urheilijan sopimusvaltiossa harjoittamasta toiminnasta, jos vierailu tässä valtiossa on kokonaan tai pääasiallisesti rahoitettu toisen sopimusvaltion tai sen osavaltion tai sopimusvaltion tai osavaltion valtiollisen osan tai paikallisviranomaisen julkisista varoista. Tässä tapauksessa tuloa verotetaan 7 tai 14 artiklan mukaan.

17 artikla

Eläkkeet, elinkorot ja samanluonteiset maksut

(1) Jollei 18 artiklan 2 kappaleesta muuta johdu, verotetaan sopimusvaltiossa asuvalle maksetuista eläkkeistä, muusta samanluonteisesta hyvityksestä tai elinkoroista vain tässä valtiossa.

(2) Tämän artiklan 1 kappaleen estämättä, ja jollei 18 artiklan 2 kappaleesta muuta johdu, voidaan sopimusvaltion sosiaalivakuutuslainsäädännön tai sopimusvaltion järjestämän muun julkisen sosiaaliturvan mukaan maksettavista eläkkeistä ja muusta samanluonteisesta hyvityksestä verottaa tässä valtiossa.

(3) Tämän artiklan 1 kappaleen estämättä, ja jollei 18 artiklan 2 kappaleesta tai tämän artiklan 2 kappaleesta muuta johdu, sopimusvaltiosta kertyvistä eläkkeistä, muusta samanluonteisesta hyvityksestä ja elinkoroista voidaan verottaa tässä valtiossa.

(4) Sanonnalla „elinkorko“ tarkoitetaan tässä artiklassa vahvistettua rahamäärää, joka toistuvasti maksetaan luonnolliselle henkilölle vahvistettuina ajankohtina henkilön elinkautena tai yksilöitynä taikka määritettävissä olevana aikana ja joka perustuu velvoitukseen toimeenpanna maksut täyden raha- tai rahanarvoisen suorituksen vastikkeeksi.

(5) Tämän artiklan 1 kappaleen estämättä verotetaan toistuvista tai kertamaksuista, jotka sopimusvaltio tai sen valtiollinen osa tai paikallisviranomainen suorittaa toisessa sopimusvaltiossa asuvalle henkilölle korvauksena poliittisesta vainosta tai sotatoimista (mukaan lukien sotakorvaussuoritukset) tai ase- tai siviilipalveluksesta tai rikoksesta, rokotuksesta tai samanlaisesta tapahtumasta johtuvasta vääryydestä tai vahingosta, vain ensiksi mainitussa valtiossa.

18 artikla

Julkinen palvelus

(1) Palkasta ja muusta sellaisesta hyvityksestä, jonka sopimusvaltio, jokin sen osavaltio, sopimusvaltion tai osavaltion valtiollinen osa tai paikallisviranomainen tai muu tämän valtion julkisoikeudellinen oikeushenkilö maksaa luonnolliselle henkilölle työstä, joka tehdään tämän valtion, osavaltion, valtiollisen osan tai paikallisviranomaisen tai muun julkisoikeudellisen oikeushenkilön palveluksessa, verotetaan vain tässä valtiossa. Tällaisesta palkasta ja muusta sellaisesta hyvityksestä verotetaan kuitenkin vain toisessa sopimusvaltiossa, jos työ tehdään tässä valtiossa ja henkilö asuu tässä valtiossa, ja

a) hän on tämän valtion kansalainen tai

b) hänestä ei tullut tässä valtiossa asuvaa ainoastaan tämän työn tekemiseksi.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder, einer Gebietskörperschaft eines Vertragsstaats oder Landes oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates oder einem von ihnen errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat, diesem Land, dieser Gebietskörperschaft oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden. Diese Ruhegehälter und ähnlichen Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Gehälter, Löhne, Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer Geschäftstätigkeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder, einer Gebietskörperschaft eines Vertragsstaats oder Landes oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates erbracht werden, sind die Artikel 14, 15, 16 oder 17 anzuwenden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind auch auf Löhne, Gehälter, Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen anzuwenden, die an natürliche Personen für Dienste gezahlt werden, die dem Goethe-Institut und dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) geleistet werden. Werden diese Vergütungen im Gründungsstaat der Einrichtung nicht besteuert, so gilt Artikel 14. Eine entsprechende Behandlung der Vergütungen anderer vergleichbarer Einrichtungen der Vertragsstaaten kann durch die zuständigen Behörden in gegenseitigem Einvernehmen vereinbart werden.

Artikel 19

Studenten und Auszubildende

(1) Zahlungen, die ein Student, ein Lehrling oder ein kaufmännischer, technischer, land- oder forstwirtschaftlicher Auszubildender, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

(2) Vergütungen, die ein Student einer Universität oder sonstigen Hochschuleinrichtung in einem Vertragsstaat oder ein Lehrling oder kaufmännischer, technischer, land- oder forstwirtschaftlicher Auszubildender, der in diesem Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den anderen Vertragsstaat ansässig war und sich im anderen Vertragsstaat insgesamt nicht länger als 183 Tage aufhält, für in diesem anderen Staat geleistete Dienste erhält, dürfen in diesem anderen Staat nicht besteuert werden, sofern die Dienste mit seinem Studium oder seiner Ausbildung in Zusammenhang stehen und die Vergütungen für seinen Unterhalt erforderliche Einkünfte darstellen.

Artikel 20

Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(2) Eläkkeistä ja muusta sellaisesta hyvityksestä, jonka sopimusvaltio, jokin sen osavaltio, sopimusvaltion tai osavaltion valtiollinen osa tai paikallisviranomainen tai muu tämän valtion julkisoikeudellinen oikeushenkilö maksaa, tai joka maksetaan niiden perustamista rahastoista, luonnolliselle henkilölle työstä, joka on tehty tämän valtion, osavaltion, valtiollisen osan tai paikallisviranomaisen tai muun julkisoikeudellisen oikeushenkilön palveluksessa, verotetaan 1 kappaleen estämättä vain tässä valtiossa. Tällaisesta eläkkeestä ja muusta sellaisesta hyvityksestä verotetaan kuitenkin vain toisessa sopimusvaltiossa, jos henkilö asuu tässä valtiossa ja on tämän valtion kansalainen.

(3) Tämän sopimuksen 14, 15, 16 ja 17 artiklaa sovelletaan palkkaan, eläkkeeseen ja muuhun sellaiseen hyvitykseen, joka maksetaan sopimusvaltion, jonkin sen osavaltion, sopimusvaltion tai osavaltion valtiollisen osan tai paikallisviranomaisen tai muun tämän valtion julkisoikeudellisen oikeushenkilön harjoittaman liiketoiminnan yhteydessä tehdystä työstä.

(4) Tämän artiklan 1 ja 2 kappaletta on sovellettava myös Goethe-Instituutille ja Deutscher Akademischer Austauschdienstille (DAAD) suoritetusta työstä luonnollisille henkilöille maksettuun palkkaan, eläkkeeseen ja muuhun sellaiseen hyvitykseen. Jos tällaisesta hyvityksestä ei veroteta siinä valtiossa, jossa laitos on perustettu, sovelletaan 14 artiklaa. Toimivaltaiset viranomaiset voivat keskinäisellä sopimuksella sopia sopimusvaltioiden muiden samankaltaisten laitosten hyvityksen vastaavasta kohtelusta.

19 artikla

Opiskelijat ja harjoittelijat

(1) Rahamääristä, jotka opiskelija, ammattioppilas tai liikealan, teollisuuden, maatalouden tai metsätalouden harjoittelija, joka asuu tai välittömästi ennen oleskeluaan sopimusvaltiossa asui toisessa sopimusvaltiossa ja joka oleskelee ensiksi mainitussa valtiossa yksinomaan koulutuksensa tai harjoittelunsa vuoksi, saa elatustaan, koulutustaan tai harjoitteluaan varten, ei tässä valtiossa veroteta, edellyttäen, että nämä rahamäärät kertyvät tämän valtion ulkopuolella olevista lähteistä.

(2) Sopimusvaltiossa olevan yliopiston, korkeakoulun tai muun ylemmän oppilaitoksen opiskelijaa tahi ammattioppilasta tai liikealan, teollisuuden, maatalouden tai metsätalouden harjoittelijaa, joka asuu tai välittömästi ennen oleskeluaan toisessa sopimusvaltiossa asui ensiksi mainitussa sopimusvaltiossa ja joka yhtäjaksoisesti oleskelee toisessa sopimusvaltiossa enintään 183 päivää, ei veroteta tässä toisessa valtiossa hyvityksestä, joka saadaan tässä valtiossa tehdystä työstä, edellyttäen että työ liittyy hänen opintoihinsa tai harjoitteluunsa ja hyvitys koostuu hänen elatustaan varten välttämättömistä ansioista.

20 artikla

Muu tulo

(1) Tulosta, jonka sopimusvaltiossa asuva henkilö saa ja jota ei käsitellä tämän sopimuksen edellisissä artikloissa, verotetaan vain tässä valtiossa, riippumatta siitä, mistä tulo kertyy.

(2) Tämän artiklan 1 kappaletta ei sovelleta tuloon, lukuun ottamatta 6 artiklan 2 kappaleessa tarkoitettua kiinteästä omaisuudesta saatua tuloa, jos sopimusvaltiossa asuva tulon saaja harjoittaa toisessa sopimusvaltiossa liiketoimintaa siellä olevasta kiinteästä toimipaikasta, ja tulon maksamisen perusteena oleva oikeus tai omaisuus tosiasiallisesti liittyy tähän kiinteään toimipaikkaan. Tässä tapauksessa sovelletaan 7 artiklaa.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Artikel 21

Vermeidung der Doppelbesteuerung

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

a) Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden die Einkünfte aus der Republik Finnland ausgenommen, die nach diesem Abkommen tatsächlich in der Republik Finnland besteuert werden und nicht unter Buchstabe b fallen.

Für Einkünfte aus Dividenden gilt die vorstehende Bestimmung nur dann, wenn diese Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer in der Republik Finnland ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 Prozent unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört, und bei der Ermittlung der Gewinne der ausschüttenden Gesellschaft nicht abgezogen worden sind.

b) Auf die deutsche Steuer für die folgenden Einkünfte wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die finnische Steuer angerechnet, die nach finnischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für diese Einkünfte gezahlt worden ist:

1) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;

2) Einkünfte, die nach Artikel 13 Absatz 2 (Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen) in der Republik Finnland besteuert werden können;

3) Einkünfte, die nach Artikel 14 Absatz 3 (Einkünfte aus unselbständiger Arbeit) in der Republik Finnland besteuert werden können;

4) Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen;

5) Einkünfte, die nach Artikel 16 (Künstler und Sportler) in der Republik Finnland besteuert werden können;

6) Einkünfte, die nach Artikel 17 (Ruhegehälter, Renten und ähnliche Vergütungen) in der Republik Finnland besteuert werden können.

c) Statt der Bestimmungen des Buchstabens a sind die Bestimmungen des Buchstabens b anzuwenden auf Einkünfte im Sinne der Artikel 7 und 10 und die diesen Einkünften zugrunde liegenden Vermögenswerte, wenn die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nicht nachweist, dass die Betriebsstätte in dem Wirtschaftsjahr, in dem sie den Gewinn erzielt hat, oder die in der Republik Finnland ansässige Gesellschaft in dem Wirtschaftsjahr, für das sie die Ausschüttung vorgenommen hat, ihre Bruttoerträge ausschließlich oder fast ausschließlich aus unter § 8 Absatz 1 des deutschen Außensteuergesetzes fallenden Tätigkeiten bezogen hat; Gleiches gilt für unbewegliches Vermögen, das einer Betriebsstätte dient, und die daraus erzielten Einkünfte (Artikel 6 Absatz 5) sowie für die Gewinne aus der Veräußerung dieses unbeweglichen Vermögens (Artikel 13 Absatz 1) und des beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen der Betriebsstätte darstellt (Artikel 13 Absatz 3).

d) Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die nach den Bestimmungen dieses Abkommens von der deutschen Steuer ausgenommenen Einkünfte bei der Festsetzung ihres Steuersatzes zu berücksichtigen.

e) Ungeachtet des Buchstabens a wird die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Buchstabe b vermieden,

1) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9) und dieser Konflikt sich nicht durch ein Verfahren nach Artikel 23 Absatz 3 regeln lässt und wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte unbesteuert blieben oder niedriger als ohne diesen Konflikt besteuert würden oder

21 artikla

Kaksinkertaisen verotuksen poistaminen

(1) Vero määritetään Saksan liittotasavallassa asuvan henkilön osalta seuraavasti:

a) Saksan veron veronmääräämisperusteeseen ei lueta tuloja, jotka kertyvät Suomen tasavallasta ja jotka tämän sopimuksen mukaisesti tosiasiallisesti verotetaan Suomen tasavallassa ja joita ei käsitellä b) kohdassa.

Osingoista saatavien tulojen osalta edellistä määräystä sovelletaan vain, jos nämä osingot maksaa Saksan liittotasavallassa asuvalle yhtiölle (ei kuitenkaan yhtymälle) sellainen Suomen tasavallassa asuva yhtiö, jonka pääomasta tämä saksalainen yhtiö omistaa suoraan vähintään 10 prosenttia, eikä niitä ole vähennetty määritettäessä osingot jakavan yhtiön voittoa.

b) Jollei ulkomaisen veron hyvittämistä koskevista Saksan verolainsäädännön säännöksistä muuta johdu, Suomen lainsäädännön mukaan ja tämän sopimuksen mukaisesti maksetusta Suomen verosta on myönnettävä hyvitys seuraavista tuloista maksettavaa Saksan veroa vastaan:

1) osingot, joita ei käsitellä a) kohdassa;

2) tulot, joista voidaan verottaa Suomen tasavallassa 13 artiklan (Luovutusvoitto) 2 kappaleen mukaan;

3) tulot, joista voidaan verottaa Suomen tasavallassa 14 artiklan (Työtulo) 3 kappaleen mukaan;

4) johtajanpalkkiot;

5) tulot, joista voidaan verottaa Suomen tasavallassa 16 artiklan (Taiteilijat ja urheilijat) mukaan;

6) tulot, joista voidaan verottaa Suomen tasavallassa 17 artiklan (Eläkkeet, elinkorot ja samanluonteiset maksut) mukaan.

c) Kohdan b) määräyksiä sovelletaan a) kohdan määräysten sijasta 7 ja 10 artiklassa tarkoitettuihin tuloihin ja näiden tulojen perustana oleviin varoihin, jollei Saksan liittotasavallassa asuva henkilö osoita, että kiinteä toimipaikka sinä tilivuonna, jona se tuotti voiton, tai Suomen tasavallassa asuva yhtiö sinä tilivuonna, jonka osalta jakoi osingon, sai bruttotuottonsa yksinomaan tai lähes yksinomaan Saksan ulkoisia verosuhteita koskevan lain (Außensteuergesetz) 8 §:n1 kappaleessa tarkoitetuista toiminnoista; samaa sovelletaan kiinteää toimipaikkaa palvelevaan kiinteään omaisuuteen ja siitä saatuun tuloon (6 artiklan 5 kappale) samoin kuin tämän kiinteän omaisuuden (13 artiklan 1 kappale) ja kiinteän toimipaikan liikeomaisuuteen kuuluvan irtaimen omaisuuden (13 artiklan 3 kappale) luovutuksesta saatuun voittoon.

d) Saksan liittotasavalta säilyttää kuitenkin itsellään oikeuden ottaa verokantansa määrittämisessä huomioon ne tulot, jotka on tämän sopimuksen määräysten mukaan vapautettu Saksan verosta.

e) Kohdan a) estämättä kaksinkertainen verotus vältetään myöntämällä b) kohdassa määrätty veronhyvitys

1) jos tulot luokitellaan sopimusvaltioissa eri sopimusmääräysten alaisiksi tai kohdennetaan eri henkilöille (paitsi 9 artiklan mukaan) eikä tätä ristiriitaa voida sopia 23 artiklan 3 kappaleen mukaisessa menettelyssä ja jos kyseinen tulo tämän erilaisen luokittelun tai kohdentamisen seurauksena jäisi verottamatta tai sitä verotettaisiin lievemmin kuin ilman tätä ristiriitaa tai

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

2) wenn die Bundesrepublik Deutschland der Republik Finnland nach gehöriger Konsultation mit der finnischen zuständigen Behörde auf diplomatischem Weg andere Einkünfte notifiziert, bei denen die Bundesrepublik Deutschland die Anrechnungsmethode nach Buchstabe b anzuwenden beabsichtigt. Die Doppelbesteuerung wird für die notifizierten Einkünfte durch Steueranrechnung vom ersten Tag des Kalenderjahres vermieden, das dem Kalenderjahr folgt, in dem die Notifikation übermittelt wurde.

(2) Vorbehaltlich der Bestimmungen des finnischen Rechts über die Vermeidung der internationalen Doppelbesteuerung (ohne Beeinträchtigung des allgemeinen Grundsatzes dieses Abkommens) wird die Doppelbesteuerung in der Republik Finnland wie folgt vermieden:

a) Bezieht eine in der Republik Finnland ansässige Person Einkünfte, die nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, so gewährt die Republik Finnland vorbehaltlich des Buchstabens b einen Abzug von der finnischen Steuer dieser Person in Höhe des Betrags der nach deutschem Recht und gemäß dem Abkommen gezahlten deutschen Steuer, der anhand derselben Einkünfte berechnet wird wie die finnische Steuer.

b) Dividenden, die eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft an eine in der Republik Finnland ansässige Gesellschaft zahlt, die mindestens 10 Prozent der Stimmrechte der die Dividenden zahlenden Gesellschaft unmittelbar beherrscht, sind von der finnischen Steuer befreit.

c) Einkünfte einer in der Republik Finnland ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in der Republik Finnland auszunehmen sind, können gleichwohl in der Republik Finnland bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen der Person berücksichtigt werden.

Artikel 22

Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen aufgrund des Personenstands oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(3) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 4 oder Artikel 12 Absatz 4 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen.

(4) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden

2) jos Saksan liittotasavalta Suomen toimivaltaisen viranomaisen kanssa käytyjen asianmukaisten neuvottelujen jälkeen ilmoittaa Suomen tasavallalle diplomaattista tietä muista tuloista, joihin se aikoo soveltaa b) kohdan mukaista hyvitysmenetelmää. Kaksinkertainen verotus vältetään ilmoitettujen tulojen osalta myöntämällä veronhyvitys ilmoituksen tekemisvuotta seuraavan kalenterivuoden ensimmäisestä päivästä alkaen.

(2) Jollei Suomen lainsäädännöstä, joka koskee kansainvälisen kaksinkertaisen verotuksen poistamista, muuta johdu (sikäli kuin tämä lainsäädäntö ei vaikuta tässä esitettyyn yleiseen periaatteeseen), kaksinkertainen verotus poistetaan Suomen tasavallassa seuraavasti:

a) Milloin Suomen tasavallassa asuva henkilö saa tuloa, josta tämän sopimuksen mukaan voidaan verottaa Saksan liittotasavallassa, Suomen tasavallan on, jollei jäljempänä olevasta b) kohdasta muuta johdu, vähennettävä tämän henkilön Suomen verosta Saksan lainsäädännön mukaan ja sopimuksen mukaisesti maksettua Saksan veroa vastaava määrä, joka lasketaan saman tulon perusteella kuin minkä perusteella Suomen vero lasketaan.

b) Osinko, jonka Saksan liittotasavallassa asuva yhtiö maksaa Suomen tasavallassa asuvalle yhtiölle, vapautetaan Suomen verosta, jos saaja välittömästi hallitsee vähintään 10 prosenttia osingon maksavan yhtiön äänimäärästä.

c) Jos Suomen tasavallassa asuvan henkilön tulo on sopimuksen mukaan vapautettu verosta Suomen tasavallassa, Suomen tasavalta voi kuitenkin määrätessään tämän henkilön muusta tulosta suoritettavan veron määrää ottaa lukuun verosta vapautetun tulon.

22 artikla

Syrjintäkielto

(1) Sopimusvaltion kansalainen ei toisessa sopimusvaltiossa saa joutua sellaisen verotuksen tai siihen liittyvän velvoituksen kohteeksi, joka on muunlainen tai raskaampi kuin verotus tai siihen liittyvä velvoitus, jonka kohteeksi tämän toisen valtion kansalainen samoissa, erityisesti asuinpaikkaa koskevissa olosuhteissa joutuu tai saattaa joutua. Tämän sopimuksen 1 artiklan estämättä tätä määräystä sovelletaan myös henkilöön, joka ei asu missään sopimusvaltiossa.

(2) Verotus, joka kohdistuu sopimusvaltiossa olevan yrityksen toisessa sopimusvaltiossa olevaan kiinteään toimipaikkaan, ei tässä toisessa valtiossa saa olla epäedullisempi kuin verotus, joka kohdistuu tässä toisessa valtiossa olevaan samanlaista toimintaa harjoittavaan yritykseen. Tämän määräyksen ei katsota velvoittavan sopimusvaltiota myöntämään toisessa sopimusvaltiossa asuvalle henkilölle sellaista henkilökohtaista vähennystä verotuksessa, vapautusta verosta ja alennusta veroon siviilisäädyn taikka perheen huoltovelvollisuuden johdosta, jotka myönnetään omassa valtiossa asuvalle henkilölle.

(3) Muussa kuin sellaisessa tapauksessa, jossa 9 artiklan 1 kappaletta, 11 artiklan 4 kappaletta tai 12 artiklan 4 kappaletta sovelletaan, ovat korko, rojalti ja muu maksu, jotka sopimusvaltiossa oleva yritys suorittaa toisessa sopimusvaltiossa asuvalle henkilölle, vähennyskelpoisia tämän yrityksen verotettavaa tuloa määrättäessä samoin ehdoin kuin maksu ensiksi mainitussa valtiossa asuvalle henkilölle.

(4) Sopimusvaltiossa oleva yritys, jonka pääoman toisessa sopimusvaltiossa asuva henkilö tai siellä asuvat henkilöt välittömästi tai välillisesti joko kokonaan tai osaksi omistavat tai josta he tällä tavoin määräävät, ei ensiksi mainitussa valtiossa saa joutua sellaisen verotuksen tai siihen liittyvän velvoituksen kohteeksi, joka on muunlainen tai raskaampi kuin verotus tai siihen liittyvä velvoitus, jonka kohteeksi ensiksi mainitussa

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 23

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 22 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

Artikel 24

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Verwaltung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer Gebietskörperschaft eines Vertragsstaats oder Landes erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch wird durch die Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.

(2) Alle Informationen, die ein Vertragsstaat gemäß Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung über Rechtsmittel hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder einer Gerichtsentscheidung offenlegen. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen können die Informationen für andere Zwecke verwendet werden, wenn sie nach dem Recht beider Staaten für diese anderen Zwecke verwendet werden dürfen und die zuständige Behörde des übermittelnden Staates dieser Verwendung zugestimmt hat.

valtiossa oleva muu samanluonteinen yritys joutuu tai saattaa joutua.

(5) Tämän sopimuksen 2 artiklan estämättä tätä artiklaa sovelletaan kaikenlaatuisiin veroihin.

23 artikla

Keskinäinen sopimusmenettely

(1) Jos henkilö katsoo, että sopimusvaltion tai molempien sopimusvaltioiden toimenpiteet ovat johtaneet tai johtavat hänen osaltaan verotukseen, joka on vastoin tätä sopimusta, hän voi saattaa asiansa sen sopimusvaltion toimivaltaisen viranomaisen käsiteltäväksi, jossa hän asuu tai, jos kysymyksessä on 22 artiklan 1 kappaleen soveltaminen, jonka kansalainen hän on, ilman että tämä vaikuttaa hänen oikeuteensa käyttää näiden valtioiden sisäisessä oikeusjärjestyksessä olevia oikeussuojakeinoja. Asia on saatettava käsiteltäväksi kolmen vuoden kuluessa siitä kun henkilö sai ensimmäisen kerran tiedon toimenpiteestä, joka on aiheuttanut sopimuksen vastaisen verotuksen.

(2) Jos toimivaltainen viranomainen havaitsee huomautuksen perustelluksi, mutta ei itse voi saada aikaan tyydyttävää ratkaisua, viranomaisen on pyrittävä toisen sopimusvaltion toimivaltaisen viranomaisen kanssa keskinäisin sopimuksin ratkaisemaan asia siinä tarkoituksessa, että vältetään verotus, joka on sopimuksen vastainen. Tehty sopimus pannaan täytäntöön sopimusvaltioiden sisäisessä lainsäädännössä olevista aikarajoista riippumatta.

(3) Sopimusvaltioiden toimivaltaisten viranomaisten on pyrittävä keskinäisin sopimuksin ratkaisemaan sopimuksen tulkinnassa tai soveltamisessa syntyvät vaikeudet tai epätietoisuutta aiheuttavat kysymykset. Ne voivat myös neuvotella keskenään kaksinkertaisen verotuksen poistamiseksi sellaisissa tapauksissa, joita ei säännellä sopimuksessa.

(4) Sopimusvaltioiden toimivaltaiset viranomaiset voivat olla välittömässä yhteydessä keskenään, myös sellaisessa yhteisessä toimikunnassa, johon ne itse kuuluvat tai johon kuuluu heidän edustajiaan, sopimukseen pääsemiseksi siinä merkityksessä kuin tarkoitetaan edellä olevissa kappaleissa.

24 artikla

Tietojen vaihtaminen

(1) Sopimusvaltioiden toimivaltaisten viranomaisten on vaihdettava keskenään sellaisia tietoja, jotka ovat ennalta arvioiden olennaisia tämän sopimuksen soveltamiseksi tai sopimusvaltioiden, osavaltion tai sopimusvaltion tai osavaltion valtiollisen osan tai paikallisviranomaisen lukuun määrättäviä kaikenlaatuisia veroja koskevan sisäisen lainsäädännön hallinnoimiseksi tai toimeenpanemiseksi, mikäli tämän lainsäädännön perusteella tapahtuva verotus ei ole tämän sopimuksen vastainen. Sopimuksen 1 ja 2 artikla eivät rajoita tietojen vaihtamista.

(2) Sopimusvaltion 1 kappaleen perusteella vastaanottamia tietoja on käsiteltävä salaisina samalla tavalla kuin tämän valtion sisäisen lainsäädännön perusteella saatuja tietoja ja niitä saadaan ilmaista vain henkilöille tai viranomaisille (niihin luettuina tuomioistuimet ja hallintoelimet), jotka määräävät, kantavat tai perivät 1 kappaleessa mainittuja veroja tai käsittelevät niitä koskevia syytteitä tai valituksia, taikka valvovat edellä mainittuja toimia. Näiden henkilöiden tai viranomaisten on käytettävä tietoja vain tällaisiin tarkoituksiin. Ne saavat ilmaista tietoja julkisessa oikeudenkäynnissä tai tuomioistuimen ratkaisuissa. Edellä olevien määräysten estämättä tietoja voidaan käyttää muihin tarkoituksiin, jos niitä voidaan käyttää näihin muihin tarkoituksiin kummankin valtion lainsäädännön mukaan ja tietoja antavan valtion toimivaltainen viranomainen on antanut luvan tähän käyttöön.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat,

a) für die Erteilung von Informationen Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;

b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;

c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

(4) Ersucht ein Vertragsstaat gemäß diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn dieser andere Staat diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die im vorhergehenden Satz enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen gemäß Absatz 3, aber diese Beschränkungen sind in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil er kein innerstaatliches Interesse an diesen Informationen hat.

(5) Absatz 3 ist in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Finanzinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf Eigentumsanteile an einer Person beziehen.

Artikel 25

Anwendung des Abkommens in bestimmten Fällen

Dieses Abkommen ist nicht so auszulegen, als hindere es einen Vertragsstaat, seine innerstaatlichen Rechtsvorschriften zur Verhinderung der Steuerumgehung oder Steuerhinterziehung anzuwenden.

Artikel 26

Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 27

Protokoll

Das angefügte Protokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 28

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Berlin ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt dreißig Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist anzuwenden

a) in der Bundesrepublik Deutschland

1) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;

(3) Tämän artiklan 1 ja 2 kappaleen ei missään tapauksessa katsota velvoittavan sopimusvaltiota,

a) ryhtymään tietojen antamista varten sellaisiin hallintotoimiin, jotka poikkeavat tämän sopimusvaltion tai toisen sopimusvaltion lainsäädännöstä ja hallintokäytännöstä;

b) antamaan tietoja, joita tämän tai toisen sopimusvaltion lainsäädännön mukaan tai säännönmukaisen hallintomenettelyn puitteissa ei voida hankkia;

c) antamaan tietoja, jotka paljastaisivat liikesalaisuuden taikka teollisen, kaupallisen tai ammatillisen salaisuuden tai elinkeinotoiminnassa käytetyn menettelytavan, taikka tietoja, joiden ilmaiseminen olisi vastoin yleistä järjestystä (ordre public).

(4) Jos sopimusvaltio pyytää tietoja tämän artiklan mukaisesti, toisen sopimusvaltion on käytettävä tietojenhankintakeinojaan pyydettyjen tietojen hankkimiseksi, vaikka tämä toinen valtio ei ehkä tarvitsekaan näitä tietoja omiin verotuksellisiin tarkoituksiinsa. Edelliseen lauseeseen sisältyvän velvollisuuden osalta sovelletaan 3 kappaleen rajoituksia, mutta näiden rajoitusten ei voida milloinkaan katsoa sallivan sitä, että sopimusvaltio kieltäytyy antamasta tietoja vain sen vuoksi, että ne eivät sen osalta koske kansallista etua.

(5) Tämän artiklan 3 kappaleen ei voida milloinkaan katsoa sallivan sitä, että sopimusvaltio kieltäytyy antamasta tietoja vain sen vuoksi, että tiedot ovat pankin, muun rahoituslaitoksen, välittäjän tai edustajan tai uskotun miehen hallussa tai ne koskevat omistusosuuksia henkilössä.

25 artikla

Sopimuksen soveltaminen erityisissä tapauksissa

Tätä sopimusta ei voida tulkita niin, että se estäisi sopimusvaltiota soveltamasta veron kiertämisen ja välttämisen estämistä koskevia kansallisia oikeussäännöksiään.

26 artikla

Diplomaattisen edustuston ja konsuliedustuston jäsenet

Tämä sopimus ei vaikuta niihin verotusta koskeviin erioikeuksiin, jotka kansainvälisen oikeuden yleisten sääntöjen tai erityisten sopimusten mukaan myönnetään diplomaattisen edustuston tai konsuliedustuston jäsenille.

27 artikla

Pöytäkirja

Liitteenä oleva pöytäkirja on tämän sopimuksen olennainen osa.

28 artikla

Voimaantulo

(1) Tämä sopimus on ratifioitava; ratifiointiasiakirjat on vaihdettava Berliinissä mahdollisimman pian.

(2) Sopimus tulee voimaan kolmekymmentä päivää ratifiointiasiakirjojen vaihtamisajankohdan jälkeen, ja sitä sovelletaan:

a) Saksan liittotasavallassa

1) lähteellä pidätettävien verojen osalta, määriin, jotka maksetaan sopimuksen voimaantulovuotta seuraavan kalenterivuoden tammikuun 1 päivänä tai sen jälkeen;

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

2) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;

b) in der Republik Finnland

1) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Einkünfte, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahres bezogen werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt;

2) bei den übrigen Steuern vom Einkommen auf die Steuern, die für Veranlagungszeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahres erhoben werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt.

(3) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens treten das am 25. September 1935 in Helsinki unterzeichnete Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Finnland über Rechtsschutz und Rechtshilfe in Steuersachen sowie das am 5. Juli 1979 in Helsinki unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und einiger anderer Steuern außer Kraft. Ihre Bestimmungen gelten bis zur in Absatz 2 geregelten Anwendbarkeit dieses Abkommens fort. Auf Steuersachverhalte, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens liegen, bleiben die Bestimmungen der Abkommen vom 25. September 1935 und 5. Juli 1979 anwendbar.

Artikel 29

Kündigung

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann das Abkommen unter Einhaltung einer Frist von mindestens sechs Monaten zum Ende eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden

a) in der Bundesrepublik Deutschland

1) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahres gezahlt werden, das dem Kündigungsjahr folgt;

2) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahres erhoben werden, das dem Kündigungsjahr folgt.

b) in der Republik Finnland

1) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Einkünfte, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahres bezogen werden, das dem Kündigungsjahr folgt;

2) bei den übrigen Steuern vom Einkommen auf die Steuern, die für Veranlagungszeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahres erhoben werden, das dem Kündigungsjahr folgt.

Geschehen zu Helsinki am 19. Februar 2016 in zwei Urschriften, jede in deutscher und finnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

2) muiden verojen osalta, veroihin, jotka kannetaan sopimuksen voimaantulovuotta seuraavan kalenterivuoden tammikuun 1 päivänä tai sen jälkeen alkavilta verokausilta;

b) Suomen tasavallassa

1) lähteellä pidätettävien verojen osalta, tuloon, joka saadaan sopimuksen voimaantulovuotta seuraavan kalenterivuoden tammikuun 1 päivänä tai sen jälkeen;

2) muiden tulosta suoritettavien verojen osalta, veroihin, jotka määrätään sopimuksen voimaantulovuotta seuraavan kalenterivuoden tammikuun 1 päivänä tai sen jälkeen alkavilta verovuosilta.

(3) Tämän sopimuksen voimaan tullessa Saksan valtakunnan ja Suomen tasavallan välillä veroasioissa annettavasta oikeussuojasta ja oikeusavusta Helsingissä 25 päivänä syyskuuta 1935 tehty sopimus ja Saksan Liittotasavallan ja Suomen tasavallan välillä tulo- ja varallisuusveroja sekä eräitä muita veroja koskevan kaksinkertaisen verotuksen välttämiseksi Helsingissä 5 päivänä heinäkuuta 1979 tehty sopimus lakkaavat olemasta voimassa. Niiden määräyksien soveltamista jatketaan siihen asti kunnes tämä sopimus tulee sovellettavaksi 2 kappaleen mukaisesti. Vuoden 1935 syyskuun 25 päivänä ja vuoden 1979 heinäkuun 5 päivänä tehtyjen sopimusten määräysten soveltamista jatketaan kaikkiin niihin verotapauksiin, jotka ovat olleet olemassa ennen tämän sopimuksen voimaantuloa.

29 artikla

Päättyminen

Tämä sopimus on voimassa, kunnes jompikumpi sopimusvaltio sen irtisanoo. Kumpikin sopimusvaltio voi viiden vuoden kuluttua sopimuksen voimaantulopäivästä irtisanoa sopimuksen diplomaattista tietä antamalla irtisanomisilmoituksen vähintään kuusi kuukautta ennen jonkin kalenterivuoden päättymistä. Tässä tapauksessa sopimuksen soveltaminen lakkaa:

a) Saksan liittotasavallassa

1) lähteellä pidätettävien verojen osalta, määriin, jotka maksetaan irtisanomisilmoituksen antamisvuotta seuraavan kalenterivuoden tammikuun 1 päivänä tai sen jälkeen;

2) muiden verojen osalta, veroihin, jotka kannetaan irtisanomisilmoituksen antamisvuotta seuraavan kalenterivuoden tammikuun 1 päivänä tai sen jälkeen alkavilta verokausilta;

b) Suomen tasavallassa

1) lähteellä pidätettävien verojen osalta, tuloon, joka saadaan ilmoituksen antamisvuotta seuraavan kalenterivuoden tammikuun 1 päivänä tai sen jälkeen;

2) muiden tulosta suoritettavien verojen osalta, veroihin, jotka määrätään irtisanomisilmoituksen antamisvuotta seuraavan kalenterivuoden tammikuun 1 päivänä tai sen jälkeen alkavilta verovuosilta.

Tehty 19. helmikuuta 2016 kahtena saksan- ja suomenkielisenä kappaleena molempien tekstien ollessa yhtä todistusvoimaiset.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Saksan liittotasavallan puolesta:

Dorothee Janetzke-Wenzel

Für die Republik Finnland
Suomen tasavallan puolesta:

M. Hetemäki

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Protokoll
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Finnland
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
und zur Verhinderung der Steuerverkürzung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen vom 19. Februar 2016

Pöytäkirja
Saksan liittotasavallan
ja
Suomen tasavallan välillä
19.2.2016 tehtyyn sopimukseen
tuloveroja koskevan kaksinkertaisen verotuksen
välttämiseksi ja veron kiertämisen estämiseksi

Die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Finnland haben ergänzend zum Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

1. Zu den Artikeln 10 und 11

Ungeachtet der Artikel 10 und 11 können Dividenden und Zinsen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden, wenn sie

a) auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung, einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder der Einkünfte aus partiarischen Darlehen oder Gewinnobligationen im Sinne des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland, beruhen und

b) bei der Ermittlung der Gewinne des Schuldners der Dividenden oder Zinsen abzugsfähig sind.

2. Zu den Artikeln 10, 11 und 12

Die Bundesrepublik Deutschland ist berechtigt, den Steuerabzug zu einem nach ihrem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Satz vorzunehmen. Die im Abzugsweg erhobene Steuer ist auf Antrag des Steuerpflichtigen zu erstatten, wenn und soweit sie durch dieses Abkommen ermäßigt wird oder entfällt.

3. Zu Artikel 15

Es wird davon ausgegangen, dass der Begriff „hallintoneuvosto“ alle anderen Gremien mit ähnlichen Aufgaben einschließt.

4. Zu Artikel 17

Es wird davon ausgegangen, dass ein Vertragsstaat nicht daran gehindert wird, sein Besteuerungsrecht gemäß Artikel 17 Absatz 3 auch dann auszuüben, wenn die den Anspruch auf Ruhegehälter, ähnliche Vergütungen oder Renten begründenden Beiträge in diesem Vertragsstaat steuerlich begünstigt wurden oder die Versicherung in diesem Vertragsstaat abgeschlossen wurde (unabhängig davon, wo das Ruhegehalt, die ähnliche Vergütung oder die Rente gezahlt wird).

5. Zu Artikel 24

Es wird davon ausgegangen, dass der empfangende Vertragsstaat dem Steuerpflichtigen und/oder seinen Rechtsberatern im Laufe eines Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Informationen weitergeben kann.

Saksan liittotasavalta ja Suomen tasavalta ovat tuloveroja koskevan kaksinkertaisen verotuksen välttämiseksi ja veron kiertämisen estämiseksi tehtyä sopimusta täydentääkseen sopineet seuraavista määräyksistä, jotka ovat mainitun sopimuksen olennainen osa:

1. Sopimuksen 10 artikla ja 11 artikla

Sopimuksen 10 ja 11 artiklan estämättä osinkoja ja korkoja voidaan verottaa siinä sopimusvaltiossa, josta ne kertyvät, tämän valtion lainsäädännön mukaisesti, jos ne

a) perustuvat voitto-osuuteen oikeuttaviin oikeuksiin tai saamisiin, mukaan lukien hiljaisen osakkaan (stiller Gesellschafter) siinä ominaisuudessaan osakkuudestaan saama tulo, tai tulo lainasta, jonka korko on sidottu lainanottajan voittoon (partiarisches Darlehen), tai voitto-osuuteen oikeuttavista obligaatioista (Gewinnobligationen) Saksan liittotasavallan vero-oikeuden tarkoittamassa merkityksessä ja

b) ovat vähennyskelpoisia osinkojen tai korkojen velallisen voittoa määritettäessä.

2. Sopimuksen 10, 11 ja 12 artikla

Saksan liittotasavallalla on oikeus pidättää vero sisäisen lainsäädäntönsä määräämällä verokannalla. Pidätetty lähdevero on verovelvollisen hakemuksesta palautettava, jos ja siltä osin kuin sitä alennetaan tällä sopimuksella tai se raukeaa.

3. Sopimuksen 15 artikla

Sanonnan „hallintoneuvosto“ katsotaan käsittävän kaikki muut samanlaisia tehtäviä suorittavat elimet.

4. Sopimuksen 17 artikla

Katsotaan, ettei sopimusvaltio ole estynyt käyttämästä 17 artiklan 3 kappaleen mukaista verottamisoikeuttaan myöskään silloin, kun niistä maksuista, jotka tuottavat oikeuden eläkkeeseen, muuhun samanluonteiseen hyvitykseen tai elinkorkoon, on siinä sopimusvaltiossa annettu veronhuojennus, tai kun eläkevakuutus on otettu siinä sopimusvaltiossa (siitä riippumatta, mistä eläke, muu samanluonteinen hyvitys tai elinkorko maksetaan).

5. Sopimuksen 24 artikla

Tiedot vastaanottavan sopimusvaltion katsotaan voivan ilmaista tiedot verovelvolliselle ja/tai heidän oikeudellisille neuvonantajilleen virallisen syyttäjän tutkintamenettelyn yhteydessä.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

6. Zu Artikel 24

Werden aufgrund des Abkommens personenbezogene Daten ausgetauscht, gelten folgende zusätzliche Bestimmungen:

a) Eine zuständige Behörde, die nach Artikel 24 Informationen erhält, unterrichtet die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats auf Ersuchen über die Verwendung der Informationen und die erzielten Ergebnisse.

b) Eine zuständige Behörde, die nach Artikel 24 Informationen übermittelt, ergreift alle Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Informationen zutreffend sowie für die mit ihrer Übermittlung verfolgten Zwecke erforderlich und angemessen sind. Stellt eine zuständige Behörde fest, dass sie unzutreffende Informationen oder Informationen, die nach Artikel 24 nicht hätten übermittelt werden dürfen, übermittelt hat, setzt sie die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats unverzüglich davon in Kenntnis. Die zuständige Behörde hat diese Informationen zu berichtigen beziehungsweise zu löschen.

c) Der Betroffene ist auf Antrag über die zu seiner Person ausgetauschten Informationen sowie über die vorgesehene Verwendung dieser Informationen zu unterrichten. Eine Verpflichtung zur Unterrichtung besteht nicht, wenn nach Abwägung ein vorrangiges öffentliches Interesse an einer Nichtunterrichtung festgestellt wird. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten unterrichtet zu werden, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Unterrichtung beantragt wird.

d) In jedem Fall sind die nach Artikel 24 ausgetauschten Informationen zu löschen, sobald sie für die mit ihrer Erteilung verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden.

e) Die zuständigen Behörden führen Aufzeichnungen über die Übermittlung und den Erhalt von nach Artikel 24 ausgetauschten Informationen.

f) Die Vertragsstaaten schützen nach Artikel 24 ausgetauschte Informationen vor unbefugtem Zugriff, unbefugter Änderung und unbefugter Bekanntgabe.

7. Zu Artikel 25

Im Hinblick auf die Absätze 7 bis 12 des Kommentars zu Artikel 1 des OECD-Musterabkommens von 2010 wird davon ausgegangen, dass dieses Abkommen nicht so auszulegen ist, als hindere es einen Vertragsstaat, seine innerstaatlichen Rechtsvorschriften zur Verhinderung der Steuerumgehung oder Steuerhinterziehung anzuwenden, wenn diese Bestimmungen dazu dienen, Gestaltungen entgegenzutreten, die einen Abkommensmissbrauch darstellen.

6. Sopimuksen 24 artikla

Jos sopimuksen perusteella vaihdetaan henkilötietoja, sovelletaan seuraavia lisämääräyksiä:

a) Tiedot 24 artiklan perusteella vastaanottavan toimivaltaisen viranomaisen on pyynnöstä ilmoitettava toisen sopimusvaltion toimivaltaiselle viranomaiselle tietojen käytöstä ja saavutetuista tuloksista.

b) Tiedot 24 artiklan perusteella antavan toimivaltaisen viranomaisen on ryhdyttävä kaikkiin toimiin sen varmistamiseksi, että tiedot ovat tarkkoja ja että ne ovat tarpeellisia ja oikeassa suhteessa siihen tarkoitukseen, johon ne annetaan. Jos toimivaltainen viranomainen huomaa antaneensa epätarkkoja tietoja tai tietoja, joita ei olisi 24 artiklan perusteella pitänyt antaa, sen on viipymättä ilmoitettava tästä toisen sopimusvaltion toimivaltaiselle viranomaiselle. Toimivaltaisen viranomaisen on oikaistava tai pyyhittävä yli nämä tiedot.

c) Kyseiselle henkilölle on hakemuksesta ilmoitettava hänestä vaihdetuista tiedoista ja näiden tietojen aiotusta käytöstä. Ilmoittamisvelvollisuutta ei ole, jos harkinnan jälkeen todetaan, että ilmoittamatta jättämistä koskee tärkeä yleinen etu. Kyseisen henkilön oikeutta saada ilmoitus häntä koskevista olemassa olevista tiedoista säätelee muilta osin sen sopimusvaltion sisäinen lainsäädäntö, jonka suvereeniusalueella ilmoittamista haetaan.

d) Artiklan 24 perusteella vaihdetut tiedot on joka tapauksessa pyyhittävä yli heti kun niitä ei enää tarvita siihen tarkoitukseen, johon ne annettiin.

e) Toimivaltaisten viranomaisten on pidettävä kirjaa 24 artiklan perusteella annetuista ja vastaan otetuista tiedoista.

f) Sopimusvaltioiden on suojeltava 24 artiklan perusteella vaihdetut tiedot luvatonta käsittelyä, muuttamista tai paljastamista vastaan.

7. Sopimuksen 25 artikla

On sovittu siitä, että OECD:n malliverosopimuksen 1 artiklan kommentaarin 7-12 kappale huomioon ottaen tätä sopimusta ei voida tulkita niin, että se estäisi sopimusvaltiota soveltamasta veron kiertämisen ja veron välttämisen estämistä koskevia sisäisiä oikeussäännöksiään, jos näitä säännöksiä käytetään sellaisten järjestelyjen kyseenalaistamiseen, jotka ovat sopimuksen väärinkäyttöä.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Denkschrift

I. Allgemeines

Das in Helsinki am 19. Februar 2016 unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen löst das bisherige Abkommen vom 5. Juli 1979 (BGBl. 1981 II S. 1164, 1165) ab. Das bestehende Doppelbesteuerungsabkommen ist durch die wirtschaftliche und steuerrechtliche Entwicklung in beiden Staaten überholt. Es soll daher durch das vorliegende Abkommen ersetzt werden, das den Anforderungen der gegenwärtigen Verhältnisse besser entspricht.

In Aufbau und Wirkungsweise orientiert sich das neue Abkommen im Wesentlichen an dem OECD-Musterabkommen 2010 und seinem Kommentar (Musterabkommen für den Bereich der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und entspricht inhaltlich weitgehend der deutschen Abkommenspolitik.

Das Protokoll ist Bestandteil des Abkommens.

In den Artikeln 1 bis 5 werden der Geltungsbereich des Abkommens sowie für die Anwendung des Abkommens notwendige allgemeine Begriffsbestimmungen geregelt. Nach den Artikeln 6 bis 20 werden dem Quellen- bzw. Belegenheitsstaat Besteuerungsrechte für die jeweiligen Einkünfte zugewiesen. Die Methode zur Vermeidung der Doppelbesteuerung durch den Ansässigkeitsstaat, soweit der Quellen- bzw. Belegenheitsstaat besteuern darf, wird in Artikel 21 normiert. Die Artikel 22 bis 29 regeln – unter anderem – Gleichbehandlung, Verständigungsverfahren, Informationsaustausch, die Anwendung des Abkommens in bestimmten Fällen sowie dessen Inkrafttreten und Kündigung. Das Protokoll ergänzt das Abkommen um einige zusätzliche Bestimmungen sowie um die Klausel zum Schutz personenbezogener Daten (Datenschutzklausel).

II. Besonderes

Zu Artikel 1

Dieser Artikel bestimmt den Personenkreis, für den das Abkommen Anwendung findet (subjektiver Geltungsbereich).

Zu Artikel 2

Dieser Artikel bezeichnet die in den Geltungsbereich des Abkommens fallenden Steuern (objektiver Geltungsbereich).

Zu Artikel 3

Dieser Artikel enthält in Absatz 1 allgemeine Begriffsbestimmungen für einige im Abkommen verwendete Begriffe, die für die Anwendung des Abkommens von besonderer Bedeutung sind.

Absatz 2 verweist zur Bestimmung im Abkommen nicht definierter Begriffe auf die Bedeutung, die ihnen nach dem nationalen Steuerrecht des das Abkommen anwendenden Vertragsstaats zukommt, wenn der Abkommenszusammenhang keine andere Auslegung erfordert.

Zu Artikel 4

Dieser Artikel bestimmt den für den subjektiven Geltungsbereich des Abkommens und für die Abgrenzung der Besteuerungsrechte maßgeblichen Begriff der Ansässigkeit.

Nach Absatz 1 wird hierbei grundsätzlich an das innerstaatliche Recht der Vertragsstaaten angeknüpft. Auf Wunsch Finnlands wird als ansässigkeitsbegründendes Merkmal auch der Ort der Gründung (Eintragung) genannt. In den Fällen der Doppelansässigkeit regeln die Absätze 2 und 3 nach bestimmten Merkmalen, welcher der beiden Staaten für die Abkommensanwendung als Ansässigkeitsstaat gilt.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel bestimmt den Begriff der Betriebsstätte, der die Grundlage der Besteuerung der Unternehmensgewinne bildet.

In Absatz 1 wird der Ausdruck „Betriebsstätte“ allgemein umschrieben.

Absatz 2 enthält eine nicht abschließende Aufzählung typischer Beispiele, in denen eine Betriebsstätte begründet wird.

Bauausführungen und Montagen gelten nach Absatz 3 nur dann als Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet. Diese Regelung entspricht dem OECD-Musterabkommen.

Absatz 4 enthält eine Negativabgrenzung zum Begriff der Betriebsstätte.

Die Absätze 5 bis 7 enthalten dem OECD-Musterabkommen entsprechende Abgrenzungsvorschriften im Falle eines abhängigen und unabhängigen Vertreters sowie zur Eigenständigkeit von verbundenen Gesellschaften.

Zu Artikel 6

Die Absätze 1 und 3 bestimmen, dass Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen oder der Nutzung von unbeweglichem Vermögen im Belegenheitsstaat besteuert werden können. Dies gilt nach Absatz 5 auch für Betriebsgrundstücke.

Absatz 2 definiert den Begriff „unbewegliches Vermögen“.

Absatz 4 enthält eine bereits im bestehenden Abkommen enthaltene Regelung. Danach können Einkünfte aus dem Gebrauch eines Nutzungsrechts an unbeweglichem Vermögen einer Gesellschaft, das sich aus dem Besitz von Aktien oder Gesellschaftsanteilen ergibt, auch im Belegenheitsstaat des unbeweglichen Vermögens besteuert werden.

Zu Artikel 7

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Unternehmensgewinne. Dazu gehören neben den gewerblichen auch die freiberuflichen oder sonstigen selbstständigen Tätigkeiten.

Absatz 1 normiert das Betriebsstättenprinzip. Hiernach darf ein Vertragsstaat die Gewinne von Unternehmen mit Sitz im anderen Vertragsstaat nur insoweit besteuern, als

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

die Gewinne einer in seinem Gebiet gelegenen Betriebsstätte zuzurechnen sind.

Die Absätze 2 bis 6 enthalten Ermittlungs- und Zurechnungsvorschriften für Betriebsstättengewinne. Sie entsprechen Artikel 7 Absatz 2 bis 6 des OECD-Musterabkommens 2008. Die international entwickelten Leitsätze zur Anwendung des Fremdvergleichsgrundsatzes auf die grenzüberschreitende Aufteilung der Gewinne zwischen einer Betriebsstätte und dem Unternehmen, zu dem sie gehört, wie sie in Artikel 7 des OECD-Musterabkommens 2010 und dessen Kommentar enthalten sind (sogenannter *Authorized OECD Approach*), wurden auf Wunsch Finnlands nicht in das vorliegende Abkommen übernommen.

Absatz 7 bestimmt das Verhältnis der Betriebsstättenbesteuerung zu Einkünftearten, die in anderen Artikeln des Abkommens behandelt werden.

Zu Artikel 8

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Seeschiff- und Luftfahrt.

Absatz 1 bestimmt, dass Gewinne eines Unternehmens aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr abweichend vom Betriebsstättenprinzip nur in dem Staat besteuert werden können, in dem die Person ansässig ist, die das Unternehmen betreibt. Auf finnische Initiative hin wird der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung hingegen nicht in Bezug genommen.

Absatz 2 stellt klar, dass auch Einkünfte aus der gelegentlichen Vermietung von leeren Seeschiffen oder Luftfahrzeugen sowie aus der Nutzung, Wartung oder Vermietung von Containern zu den Einkünften im Sinne dieses Artikels gehören können.

Nach Absatz 3 gelten die Absätze 1 und 2 auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Zu Artikel 9

Dieser Artikel normiert, dass das Abkommen einer Berichtigung von Gewinnverlagerungen zwischen verbundenen Unternehmen nicht entgegensteht.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Dividenden.

Absatz 1 bestimmt als Grundsatz, dass Dividendenausschüttungen im Ansässigkeitsstaat des Anteilseigners besteuert werden dürfen.

Nach Absatz 2 steht daneben auch dem Quellenstaat ein Besteuerungsrecht zu. Diese Steuer darf jedoch 5 Prozent des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen, wenn der nutzungsberechtigte Empfänger eine Gesellschaft ist (ausgenommen Personengesellschaften und deutsche Immobilien-Aktiengesellschaften – REIT-AG), die mindestens 10 Prozent der Anteile an der ausschüttenden Gesellschaft hält (Schachtelbeteiligung). Die bisherige Mindestbeteiligungshöhe betrug 25 Prozent. In den übrigen Fällen (Streubesitzdividenden) darf die Quellensteuer grundsätzlich 15 Prozent des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen. Nach Nummer 1 des Protokolls zum Abkommen ist demgegenüber das Besteuerungsrecht des Quellenstaats abkommensrechtlich nicht begrenzt, sondern richtet sich nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht, wenn die Zahlungen auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung beruhen (sogenannte hybride Finanzierungsinstrumente, wie insbesondere Einkünfte eines stillen Gesellschafters) und bei der Gewinnermittlung des Schuldners abzugsfähig sind.

Absatz 3 definiert den Dividendenbegriff. Umfasst sind auch Einkünfte aus Gesellschaftsanteilen, die nach dem Steuerrecht des jeweiligen Vertragsstaats Einkünften aus Aktien gleichgestellt sind sowie in Deutschland Ausschüttungen auf Anteilsscheine an einem Investmentvermögen und in Finnland Ausschüttungen auf Anteilsscheine an einem „Sijoitusrahasto; Placeringsfond“.

Die Absätze 4 und 5 enthalten den Betriebsstättenvorbehalt und ergänzende Bestimmungen zur Abgrenzung des Besteuerungsrechts, die dem OECD-Musterabkommen entsprechen.

Deutsche Regelungen zu im Abzugsweg erhobenen Steuern bleiben nach Nummer 2 des Protokolls zum Abkommen unberührt. Zuviel einbehaltene Steuern sind dem Steuerpflichtigen auf Antrag zu erstatten.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Zinsen.

Absatz 1 weist das Besteuerungsrecht ausschließlich dem Ansässigkeitsstaat des Nutzungsberechtigten der Zinsen zu. Nach Nummer 1 des Protokolls zum Abkommen ist demgegenüber das Besteuerungsrecht des Quellenstaats abkommensrechtlich nicht eingeschränkt, sondern richtet sich nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht, wenn die Zahlungen auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung beruhen (sogenannte hybride Finanzierungsinstrumente, wie insbesondere Einkünfte eines stillen Gesellschafters) und bei der Gewinnermittlung des Schuldners abzugsfähig sind.

Die Absätze 2 bis 4 enthalten die Definition des Zinsbegriffs, den Betriebsstättenvorbehalt sowie eine Vorschrift zur Vermeidung einer ungerechtfertigten Inanspruchnahme von Abkommensvorteilen bei der Zinsbesteuerung, die dem OECD-Musterabkommen entspricht.

Deutsche Regelungen zu im Abzugsweg erhobenen Steuern bleiben nach Nummer 2 des Protokolls zum Abkommen unberührt. Zuviel einbehaltene Steuern sind dem Steuerpflichtigen auf Antrag zu erstatten.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Lizenzgebühren.

Absatz 1 weist das Besteuerungsrecht ausschließlich dem Ansässigkeitsstaat des Nutzungsberechtigten der Lizenzgebühren zu.

Absatz 2 definiert den Begriff der Lizenzgebühren. Dieser umfasst auch Vergütungen, die für die Benutzung von Urheberrechten an Filmen oder Tonbändern für Fernseh- und Rundfunksendungen gezahlt werden.

Die Absätze 3 und 4 enthalten den Betriebsstättenvorbehalt sowie eine Missbrauchsvermeidungsvorschrift, die dem OECD-Musterabkommen entspricht.

Deutsche Regelungen zu im Abzugsweg erhobenen Steuern bleiben nach Nummer 2 des Protokolls zum Abkom-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

men unberührt. Zuviel einbehaltene Steuern sind dem Steuerpflichtigen auf Antrag zu erstatten.

Zu Artikel 13

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen.

Nach Absatz 1 können Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens grundsätzlich im Belegenheitsstaat besteuert werden.

Gewinne aus der Veräußerung von Aktien oder sonstigen Anteilen an Gesellschaften, deren Vermögen zu mehr als 50 Prozent aus unbeweglichem Vermögen besteht, können nach Absatz 2 ebenfalls im Belegenheitsstaat besteuert werden.

Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist (einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte erzielt werden), können nach Absatz 3 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich die Betriebsstätte befindet.

Korrespondierend zu Artikel 8 regelt Absatz 4, dass Gewinne eines Unternehmens aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und zugehörigem beweglichen Vermögen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden können, in dem die Person ansässig ist, die das Unternehmen betreibt.

Absatz 5 enthält eine Auffangvorschrift, die das Besteuerungsrecht für die Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 4 nicht genannten Vermögens dem Ansässigkeitsstaat des Veräußerers zuweist.

Absatz 6 enthält eine Regelung zur Wegzugsbesteuerung.

Zu Artikel 14

Dieser Artikel befasst sich mit der Besteuerung der Einkünfte aus unselbstständiger Arbeit.

Nach Absatz 1 hat für Vergütungen aus unselbstständiger Arbeit grundsätzlich der Tätigkeitsstaat das Besteuerungsrecht.

Werden jedoch Arbeitnehmer von Unternehmen eines Vertragsstaats nur vorübergehend (nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraumes von zwölf Monaten) im anderen Vertragsstaat tätig, so bestimmt Absatz 2 unter den dort genannten Voraussetzungen, dass dem Ansässigkeitsstaat das ausschließliche Besteuerungsrecht zusteht. Diese Einschränkung gilt nach Absatz 3 nicht für Vergütungen, die im Rahmen gewerbsmäßiger Arbeitnehmerüberlassung gezahlt werden.

Absatz 4 bestimmt korrespondierend zu Artikel 8, dass das Bordpersonal von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr in dem Vertragsstaat besteuert werden kann, in dem die Person ansässig ist, die das Unternehmen betreibt.

Zu Artikel 15

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen. Sie können in dem Staat besteuert werden, in dem die zahlende Gesellschaft ansässig ist.

Nummer 3 des Protokolls zum Abkommen stellt in Bezug auf Finnland klar, dass der in der finnischen Sprachfassung verwendete Begriff „hallintoneuvosto“ (finnische Bezeichnung für Aufsichtsrat) alle anderen Gremien mit ähnlichen Aufgaben einschließt, da es für die Aufsichtsratstätigkeit in Finnland ein zusätzliches Organ gibt.

Zu Artikel 16

Dieser Artikel befasst sich mit der Besteuerung von Künstlern und Sportlern.

Nach Absatz 1 können Künstler und Sportler mit ihren Einkünften aus der persönlich ausgeübten Tätigkeit im Tätigkeitsstaat besteuert werden.

Dies gilt nach Absatz 2 auch dann, wenn die Einkünfte dem Künstler oder Sportler nicht unmittelbar zufließen.

Nach Absatz 3 können die Einkünfte jedoch gemäß Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 besteuert werden, wenn der Aufenthalt des Künstlers oder Sportlers in dem Tätigkeitsstaat ganz oder überwiegend durch öffentliche Mittel des anderen Vertragsstaats unterstützt wird (Förderung des Kulturaustauschs).

Zu Artikel 17

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Ruhegehältern, Renten und ähnlichen Vergütungen.

Absatz 1 weist das Besteuerungsrecht für Ruhegehälter, Renten und ähnliche Vergütungen – sofern sie nicht Artikel 18 Absatz 2 des Abkommens unterfallen – ausschließlich dem Ansässigkeitsstaat zu.

Nach Absatz 2 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die nach dem Sozialversicherungsrecht oder nach dem öffentlichen Sozialfürsorgesystem eines Vertragsstaats gezahlt werden, sofern sie nicht Artikel 18 Absatz 2 des Abkommens unterfallen, in diesem Staat besteuert werden.

Abweichend von Absatz 1 regelt Absatz 3, dass Ruhegehälter, ähnliche Vergütungen und Renten – sofern sie weder Absatz 2 dieses Artikels oder Artikel 18 Absatz 2 des Abkommens unterfallen – auch in dem Vertragsstaat besteuert werden können, aus dem sie stammen.

Absatz 4 definiert den Rentenbegriff.

Nach Absatz 5 hat für Entschädigungszahlungen, wie unter anderem Kriegsrenten einschließlich Wiedergutmachungsleistungen, der Kassenstaat das alleinige Besteuerungsrecht.

Nummer 4 des Protokolls zum Abkommen stellt klar, dass das Besteuerungsrecht eines Vertragsstaats auch dann ausgeübt werden kann, wenn die den Anspruch auf Ruhegehälter, ähnliche Vergütungen oder Renten begründenden Beiträge dort einer steuerlichen Begünstigung unterlagen oder die den Ruhegehältern, ähnlichen Vergütungen oder Renten zugrunde liegende Versicherung in diesem Vertragsstaat abgeschlossen wurde.

Zu Artikel 18

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Vergütungen aus einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst.

Nach Absatz 1 kann grundsätzlich nur der Kassenstaat diese Vergütungen besteuern (Kassenstaatsprinzip). Dies gilt auch dann, wenn die Tätigkeit im anderen Ver-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

tragsstaat ausgeübt wird. Das Besteuerungsrecht geht auf den Tätigkeitsstaat über, wenn der Vergütungsempfänger in diesem Staat ansässig und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder im Tätigkeitsstaat nicht ausschließlich deshalb ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten (Ortskräfte).

Entsprechendes gilt nach Absatz 2 für Ruhegehälter im öffentlichen Dienst.

Nach Absatz 3 findet das Kassenstaatsprinzip keine Anwendung auf Vergütungen für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit gewerblicher Tätigkeit eines Vertragsstaats erbracht werden. In diesem Fall gelten die Artikel 14 bis 17.

Nach Absatz 4 gilt das Kassenstaatsprinzip auch für Vergütungen, die gezahlt werden an Mitarbeiter des Goethe-Instituts oder des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und anderer ähnlicher, von den zuständigen Behörden einvernehmlich zu bestimmenden Einrichtungen. Werden diese Vergütungen im Gründungsstaat der Einrichtung nicht besteuert, so gilt Artikel 14 des Abkommens.

Zu Artikel 19

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Studenten und Auszubildenden.

Nach den Absätzen 1 und 2 dürfen zur Förderung des Austauschs von Studenten, Lehrlingen und Auszubildenden Zahlungen aus ausländischen Quellen an diesen Personenkreis im Gaststaat unter den dort genannten Voraussetzungen nicht besteuert werden.

Zu Artikel 20

Dieser Artikel dient als Auffangvorschrift für nicht ausdrücklich im Abkommen genannte Einkünfte.

Nach Absatz 1 können diese Einkünfte grundsätzlich nur im Ansässigkeitsstaat besteuert werden.

Das gilt nach Absatz 2 jedoch nicht, wenn die Einkünfte – ausgenommen Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen – einer im anderen Vertragsstaat belegenen Betriebsstätte zuzuordnen sind (Betriebsstättenvorbehalt).

Zu Artikel 21

Dieser Artikel regelt die Vermeidung der Doppelbesteuerung durch den Ansässigkeitsstaat, wenn Einkünfte nach dem Abkommen sowohl im Ansässigkeitsstaat als auch im anderen Vertragsstaat (Quellen-, Belegenheits- bzw. Kassenstaat) besteuert werden können.

Absatz 1 bestimmt, wie die Doppelbesteuerung in Deutschland vermieden wird.

Deutschland vermeidet eine Doppelbesteuerung nach Absatz 1 Buchstabe a bei den wichtigsten Einkünften grundsätzlich durch Freistellung. Für Dividendenausschüttungen einer in Finnland ansässigen Gesellschaft an eine deutsche Gesellschaft gilt dies lediglich bei einer Mindestbeteiligung von 10 Prozent an deren Kapital (Schachtelbeteiligung).

Die Freistellung setzt jedoch voraus, dass die Einkünfte in Finnland tatsächlich besteuert wurden (sogenannte Rückfallklausel – Subject-to-tax-Klausel). Einkünfte sind nach dieser Bestimmung, wie in anderen Doppelbesteuerungsabkommen auch, nicht tatsächlich besteuert, wenn sie a) nicht steuerbar sind, b) aufgrund einer sachlichen oder persönlichen Steuerbefreiung nicht besteuert wurden, oder c) eine Besteuerung nicht durchgeführt wurde. Bei Einkünften, die nach diesem Abkommen von der Steuer freigestellt sind, behält sich Deutschland nach Absatz 1 Buchstabe d vor, diese bei der Festsetzung des Steuersatzes einzubeziehen (Progressionsvorbehalt).

Bei Einkünften, die nicht nach Absatz 1 Buchstabe a von der deutschen Steuer freigestellt werden, wird die Doppelbesteuerung nach Absatz 1 Buchstabe b durch Anrechnung der finnischen Steuer auf die deutsche Steuer beseitigt. Dies gilt insbesondere für Dividendenbezüge aus im Streubesitz gehaltenen Anteilen (Beteiligung unter 10 Prozent), Veräußerungsgewinne von Aktien oder sonstigen Anteilen an einer finnischen Gesellschaft, deren Vermögen überwiegend aus Grundbesitz besteht, für Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen, sowie für Ruhegehälter, Renten und ähnliche Vergütungen.

Absatz 1 Buchstabe c sieht statt der Freistellungsmethode nach Buchstabe a die Anrechnungsmethode nach Buchstabe b vor, wenn die genannten Einkünfte nicht aus aktiver Tätigkeit stammen (Aktivitätsklausel).

Darüber sind in Absatz 1 Buchstabe e Nummer 1 und 2 Regelungen für einen Wechsel von der Freistellungs- zur Anrechnungsmethode enthalten. So kommt nach Nummer 1 im Falle unlösbarer Qualifikationskonflikte die Anrechnungsmethode zur Anwendung. Nach Nummer 2 hat sich Deutschland einen Wechsel von der Freistellungs- auf die Anrechnungsmethode vorbehalten, wenn die Anwendung der Freistellungsmethode in bestimmten Fällen zu einer doppelten Nichtbesteuerung führt. Die Umschwenkklausel steht unter dem Vorbehalt der Einhaltung der Voraussetzungen des nationalen Rechts und setzt zudem die Durchführung eines Konsultationsverfahrens nach Artikel 23 Absatz 3 des Abkommens voraus.

Finnland vermeidet eine Doppelbesteuerung nach Absatz 2 Buchstabe a grundsätzlich durch Anrechnung.

Dividendenausschüttungen einer in Deutschland ansässigen Gesellschaft an eine finnische Gesellschaft bei einer Mindestbeteiligung von 10 Prozent an deren Kapital (Schachtelbeteiligung) werden hingegen nach Buchstabe b von der finnischen Steuer befreit.

Bei Einkünften, die nach diesem Abkommen von der Steuer ausgenommen sind, behält sich Finnland nach Absatz 2 Buchstabe c vor, diese bei der Festsetzung der Steuer einzubeziehen (Progressionsvorbehalt).

Zu Artikel 22

Der dem OECD-Musterabkommen entsprechende Artikel über die Gleichbehandlung soll steuerliche Diskriminierung verhindern.

Zu Artikel 23

Entsprechend dem OECD-Musterabkommen wird geregelt, dass sich die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten über die Vermeidung der Doppelbesteuerung in Einzelfällen verständigen und Auslegungs- und

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Anwendungsschwierigkeiten in gegenseitigem Einvernehmen beseitigen. Hierzu können die zuständigen Behörden unmittelbar miteinander verkehren.

Zu Artikel 24

Dieser Artikel regelt den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten entsprechend dem OECD-Musterabkommen. Er bezieht sich auf Informationen, die zur Durchführung dieses Abkommens und des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten zur Verwaltung und Durchsetzung betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung erforderlich sind, und ist nicht auf die Abkommenssteuern beschränkt.

Damit ist ein vollumfänglicher Informationsaustausch gesichert, der sich nicht nur auf Bankauskünfte, sondern auch Sachverhalte der Bekämpfung von Geldwäschedelikten, Korruption und Terrorismusfinanzierung erstreckt.

Nummer 5 des Protokolls zum Abkommen enthält eine Regelung zur Weitergabe von Informationen im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft.

Nummer 6 des Protokolls zum Abkommen enthält zusätzliche Vorschriften zum Schutz von personenbezogenen Daten (Datenschutzklausel).

Zu Artikel 25

Dieser Artikel regelt ausdrücklich, dass das Abkommen der Anwendung nationaler Missbrauchsvorschriften nicht entgegensteht.

Nummer 7 des Protokolls zum Abkommen stellt dazu klar, dass beide Vertragsstaaten das Verständnis zugrunde legen, wie es die Absätze 7 bis 12 des Kommentars zu Artikel 1 des OECD-Musterabkommens 2010 zum Ausdruck bringen.

Zu Artikel 26

Es wird das Verhältnis des Abkommens zu den diplomatischen und konsularischen steuerlichen Vorrechten bestimmt.

Zu Artikel 27

Das zum Abkommen gehörige Protokoll ist Bestandteil des Abkommens.

Zu Artikel 28

Dieser Artikel regelt in Absatz 1 die Ratifikation und in Absatz 2 das Inkrafttreten sowie die zeitliche Anwendung des Abkommens. Hiernach tritt das Abkommen 30 Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist für beide Vertragsstaaten ab dem 1. Januar des Jahres anzuwenden, das auf das Jahr des Inkrafttretens folgt.

Mit Inkrafttreten des neuen Abkommens treten nach Absatz 3 das am 25. September 1935 in Helsinki unterzeichnete Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Finnland über Rechtsschutz und Rechtshilfe in Steuersachen (RGBl. 1936 II S. 28, 37) sowie das am 5. Juli 1979 in Helsinki unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie einiger anderer Steuern (BGBl. 1981 II S. 1164, 1165) außer Kraft und werden ab dem 1. Januar des darauffolgenden Jahres nicht mehr anzuwenden sein.

Zu Artikel 29

Dieser Artikel enthält Bestimmungen über eine mögliche Kündigung und das Außerkrafttreten des Abkommens.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.